

BETTINA HEINRICH

Globalisierung, Migration, Integration, Segregation

*Herausforderungen für eine moderne Stadtgesellschaft,
Stadtpolitik und Kulturpolitik – ein Problemaufriss*

Von der Ausländerpolitik zur Integrationspolitik

Die Themen Globalisierung, Migration, Integration beschäftigen die Kommunalpolitik nicht erst seit der Diskussion um den Bericht »Zuwanderung gestalten – Integration fördern« (Stichwort: Süßmuth-Kommission) und aktuell mit der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz. Schon 1992 hat der *Deutsche Städtetag* das Positionspapier »Kulturelle Vielfalt in Deutschland. Empfehlungen für das Zusammenleben in deutschen Städten« verabschiedet (beschlossen vom *Kulturausschuss des Deutschen Städtetages* am 8.10.1992 in Köln). Die Empfehlungen hatten Anfang der neunziger Jahre für eine moderne kommunale Ausländerpolitik zweifelsohne eine impulsgebende Wirkung.

Blickt man jetzt – 10 Jahre danach – auf das Positionspapier, so wird deutlich, dass sich u.a. auf dem Hintergrund der realen und virtuellen Globalisierung die gesellschaftlichen Realitäten und damit die politischen Handlungsnotwendigkeiten verändert haben. Die Ausländerpolitik der achtziger und neunziger Jahre bewegte sich ideologisch zwischen zwei Polen. Sie war einerseits geprägt von der Annahme, dass sich die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger im Sinne von Assimilation zu vollziehen habe – Ziel war eine Art »fertig integrierter Ausländer«. Andererseits wurde von einem, aus dem Rückblick betrachtet, idealisierten Bild der multikulturellen Gesellschaft ausgegangen – dem friedlichen Miteinander und Nebeneinander unterschiedlicher Parallelkulturen.

Beide – zugegeben sehr plakativ gegenübergestellten – Konzepte greifen zu kurz, weil sie Grenzsetzung, Dissens und Auseinandersetzung/Konflikt als Teil des gesellschaftlichen und damit des städtischen Lebens negieren. Es gibt keine

Konsensgesellschaft und es gibt auch keine städtische Konsensgesellschaft. Das erste, eher hegemoniale Modell formuliert einen Assimilationszwang. Hier wird das Fremde gewissermaßen annektiert – es soll sich gleichsam im Eigenen auflösen. Das Zweite, eher harmonisierende Modell, ignoriert das Fremde und Fremdheit als Lebensgefühl von Individuen, Gruppen und Teilgesellschaften.

Beide Ansätze einer Ausländerpolitik sind nicht nur zu euphemistisch, sondern reichen für die politische Gestaltung der heutigen, komplexer werdenden Gesellschaft nicht aus. Die Kommunalpolitik ist hier zweifelsohne besonders gefordert, neue und offenere Konzepte für die multiethnische Stadtgesellschaft zu finden – denn: letztendlich ist die Stadt der Ort, wo das gesellschaftliche Zusammenleben konkret und alltäglich stattfindet und wo es auch gestaltet werden muss. Grundsätzlich geht es um die Neukonzipierung einer städtischen Migrations- und Integrationspolitik, die unter der Prämisse gestaltet wird, dass beide Seiten, sowohl die MigrantInnen als auch die Angehörigen der Aufnahmegesellschaft, Integrationsleistungen zu vollbringen haben.

Bevor konkrete – auch kommunale – Integrationskonzepte entwickelt werden können, ist es notwendig, die faktischen Grundlagen und die normativen Grundsätze von Migration und Integration näher zu betrachten (»Grundlagen und Grundsätze einer modernen Integrationspolitik – sieben Thesen«). Auf dieser Basis kann in einem ersten Schritt das breite Spektrum integrationsrelevanter kommunaler Aufgabenfelder beleuchtet werden (»Migration und Integration in der Stadt – die Handlungsfelder sind vielfältig. Eine Aufzählung«). Erst auf der Grundlage dieser Gesamtschau kann der Teilbereich beziehungsweise der Integrationsfaktor Kulturarbeit näher betrachtet werden (»Migration und Integration: Herausforderungen für eine städtische Kulturarbeit und Kulturpolitik. Eckpunkte«).

Grundlagen und Grundsätze einer modernen Integrationspolitik – sieben Thesen

Multiethnizität ist ein konstituierendes Element moderner Stadtgesellschaften – Daten und Fakten

Ende 2000 lebten laut Angaben des Ausländerzentralregisters insgesamt 7,297 Mio. AusländerInnen in der BRD. Das entspricht einem Anteil von 8,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im europäischen Vergleich liegt diese Quote im oberen Bereich. Jeder vierte Ausländer stammt aus einem Mitgliedsland der Europäischen Union. Der Anteil der EU-Ausländer ist von 1995 bis Ende 2000 weitgehend konstant (25,8 %) geblieben. Die größte Gruppe der ausländischen Wohnbevölkerung bildeten Ende 2000 die Türken mit 2 Mio. (27,4 %), Staatsangehörige der Bundesrepublik Jugoslawien (9,1 %) und Italiener (8,5 %). (Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002: 4) Der Anteil der Flüchtlinge an den Zugewanderten beträgt 14,1 Prozent (absolut 1,1 Mio.). (Vgl. ebd.: 6)

71 Prozent der ausländischen Bevölkerungen leben in vier Bundesländern, dementsprechend liegt der Ausländeranteil hier über dem Bundesdurchschnitt – Baden-Württemberg 12,5 Prozent, Bayern 9,2 Prozent, Hessen 12,1 Prozent, Nordrhein-Westfalen 11,4 Prozent. Einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil haben zudem die Stadtstaaten – Hamburg mit 15,4 Prozent, Berlin mit 12,8 Prozent und Bremen mit 11,9 Prozent.

Grundsätzlich gilt, dass die Agglomerationsräume in den alten Bundesländern einen mehr als doppelt so hohen Ausländeranteil aufweisen wie die ländlichen Regionen, wobei dieser in den Kernstädten etwa dreifach so hoch ist. Der Ausländeranteil betrug im Jahr 1995 in Frankfurt am Main zum Beispiel 30,1 Prozent, in Stuttgart 24,1 Prozent und in München 23,6 Prozent. (Vgl. ebd.: 7)

Multiethnizität ist ein konstituierendes Element moderner Stadtgesellschaften. Dementsprechend hat Stadtpolitik eine ganz besondere Verantwortung, das Miteinander von Mehrheitsgesellschaften und Minderheitsgesellschaften zu gestalten. Die sehr unterschiedliche geografische Verteilung der Zugewanderten in der BRD macht deutlich, dass differenzierte, auf die spezifischen regionalen und lokalen Gegebenheiten abgestimmte städtische Konzepte notwendig sind.

Das städtische Leben in der BRD ist von Zu- und Abwanderung geprägt

Zwischen 1961 und 1997 sind insgesamt 23,1 Mio. ausländische Staatsangehörige in das frühere Bundesgebiet beziehungsweise die Bundesrepublik Deutschland zugezogen, 17 Mio. haben es in dem gleichen Zeitraum wieder verlassen. (Vgl. Krämer-Badoni 2001: 19) Diese Zahlen machen deutlich, dass die Bundesrepublik aufgrund des Überschusses von ungefähr sechs Millionen in 36 Jahren (entspricht ca. 169 000 pro Jahr¹) zwar in erster Linie ein Einwanderungsland ist – dass es aber auch von Auswanderung geprägt ist.

Hervorgehoben wird dies auch im aktuellen Bericht der Beauftragten der Bundesregierung: Zwischen 1991 und 1999 verließen beinahe 6,4 Mio. Ausländer und Deutsche die Bundesrepublik. Auffallend ist, dass seit 1989 immer mehr deutsche Staatsangehörige Deutschland für längere Zeit oder für immer verlassen. Waren dies in den siebziger und frühen achtziger Jahren zwischen 50 000 und 65 000 jährlich, so stieg die Zahl ab 1998 auf über 100 000, und im Jahr 1999 haben 116 000 Deutsche das Bundesgebiet verlassen. (Vgl. auch Schmid 2001)

Kennzeichnend für die Bundesrepublik Deutschland war und ist ein permanentes Zusammenspiel von Zu- und Abwanderung. Das heißt: Städtisches Leben ist in wesentlich höherem Maße Veränderungen – Pendelbewegungen – ausgesetzt und damit wesentlich dynamischer als die eher statischen Begriffe wie »Einwanderung« oder »Auswanderung« zu fassen vermögen. Das »Kommen und Gehen« wird als konstituierendes Element von Stadtgesellschaften immer mehr an

¹ Betrachtet man die Zu- und Abwanderung von Ausländern in den letzten zehn Jahren differenziert, so ergibt sich folgendes Bild: 1991: + 428 000, 1992: + 596 000, 1993: + 279 000, 1994: + 148 000, 1995: + 225 000, 1996: + 140 000, 1997: - 22 000, 1998: - 33 000, 1999: + 118 000, 2000: + 86 000. Vgl. Mari-
anne Heuwagen: »Kritik an Schilys Kommentar zur Einwanderung«, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 1.7.02.

Bedeutung gewinnen und damit die Frage, wie mit der wachsenden Mobilität in einer Demokratie umzugehen ist (vgl. Scheffer 2002) – auch vor dem Hintergrund des absehbaren Bevölkerungsrückgangs in Deutschland.

Eine moderne Stadtgesellschaft besteht aus pluralen Bevölkerungsgruppen – »Inländern« und »Ausländern«

Im allgemeinen Sprachgebrauch unterscheiden wir zwischen »Ausländern« und »Deutschen«. Der Begriff »Ausländer« – der fiktive Komplementärbegriff wäre der »Inländer« – orientiert sich am Rechtsstatus und definiert sich nach der formalen, nationalstaatlichen Zugehörigkeit: »Nicht-Inländer« ist gleich »Ausländer«. Abgesehen von dieser nationalstaatlichen Perspektive suggeriert der Begriff eine gewisse Homogenität der Gruppe der Zugewanderten.

Dass die Gruppe der Zugewanderten eine sehr heterogene Minderheit ist, zeigen allein schon die Hauptmigrationsströme, die in die BRD in den letzten 50 Jahren einfließen: die so genannten Vertriebenen aus Osteuropa in der Nachkriegszeit, die Arbeitsmigranten aus Südeuropa in den sechziger und siebziger Jahren, die so genannten Spätaussiedler in den achtziger und neunziger Jahren sowie Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge aus europäischen und außereuropäischen Staaten in den achtziger und neunziger Jahren. Darüber hinaus unterscheiden sich – auch die Migrantinnen und Migranten zum Beispiel durch ihre berufliche und soziale Herkunft. Sie leben auf Zeit hier wie zum Beispiel Studierende, Doktoranden, WissenschaftlerInnen, Greencard-Inhaber, Saisonarbeitskräfte, sie sind Asylsuchende oder Kinder und leben schon als so genannte dritte Generation in der BRD, sind UnternehmerInnen, Angestellte internationaler Unternehmen, sie sind arbeitslos oder gehen in Rente, sind verwitwet oder alleinerziehend. Allein schon diese recht willkürliche Aufzählung von Herkunft, Einwanderungsgründen, Berufs- und Lebensbezügen macht die Vielfältigkeit innerhalb der Minderheitengruppe der MigrantInnen deutlich.

Auch aus einer globalen Perspektive ist die Homogenisierung der Gruppe der Ausländer übrigens sehr fragwürdig: weltweit gibt es ca. 200 Staaten, 2 000 geografisch fixierbare Kulturen und insgesamt laut UNO 10 000 Kulturen. (Fuchs 2002: 129) Als Fazit bleibt: Moderne Gesellschaften sind durch ethnisch-kulturelle Pluralität gekennzeichnet. (Vgl. auch Prantl 2002) Migranten wie Deutsche leben in unterschiedlichen Parallelgesellschaften, die keine geschlossenen Lebenswelten sind. Je nachdem, welche Kategorie man anlegt – sozialer Status, Geschlecht, ethnische und/oder nationale Provenienz, Lebensform, Glaubenszugehörigkeit etc. – variiert die Zugehörigkeit zur Mehrheits- oder zur Minderheitsgesellschaft. Dementsprechend gibt es weder bei MigrantInnen noch bei Deutschen² einzigartige und geschlossenen Identitäten – es gibt wechselnde Zugehörigkeiten zu so genannten kollektiven Identitäten³: religiöse Identität, berufliche Identität, Geschlechteridentität, räumliche Identität (lokal, national). (Vgl. Burke 2002: 26) Es liegt auf der Hand, dass sowohl die Betonung geschlossener nationaler Identitäten (der Deutsche, der Türke) als auch die Betonung nationaler kultu-

reller Homogenität⁴ (deutsche Kultur, türkische Kultur etc.) in Anbetracht der vielschichtig strukturierten gesellschaftlichen Realitäten und persönlichen Lebensbezüge und Identitäten zu kurz greift.

Stadt und Region sind auch und gerade in der globalisierten Weltgesellschaft für die Verortung des Individuums notwendig

»Globalisierung« und »Europäisierung« sind Begriffe, die in erster Linie mit den Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Weltkarte in Verbindung gebracht werden, mit der weltweiten Verflechtung von Unternehmen und mit der weltweiten Mobilität von Waren, Geldströmen und Daten – vor allem in und zwischen den so genannten fortgeschrittenen Industriestaaten. Auch die Mobilität der Menschen hat sich mit der Globalisierung verändert: 1975 gab es weltweit insgesamt 75 Millionen Migranten. Bis heute hat sich die Zahl verdoppelt und liegt im Jahr 2002 nach *UN*-Schätzungen bei 150 Mio. Etwa 5 Prozent der weltweiten Migranten, das sind 7,5 Mio., sind derzeit innerhalb Europas unterwegs.⁵ Hieraus den Schluss zu ziehen, dass wir in einer Zeit weltweiter Massenwanderung leben, ist jedoch zu kurz gegriffen – 150 Mio. weltweite Migranten entsprechen 2,5 Prozent der Weltbevölkerung. (Vgl. Tenbrock/Uchatius 2002)

Offensichtlich ist, dass die Globalisierung eine Entgrenzung von Lebensräumen – real wie virtuell – mit sich bringt. Trotz dieser und gerade wegen dieser Entgrenzung wird das Bedürfnis der Menschen, sich in räumlichen Bezügen zu verorten, bleiben. Diese These, die axiomatischen Charakter hat, ist nicht neu, muss aber bei der Diskussion um das Thema »Globalisierung und Migration als Herausforderung für die Stadtgesellschaft und Stadtpolitik« neu betont werden. Dem »Lokalen«, der »örtlichen Stabilität« und damit auch »der Stadt« wird im Kontext der Globalisierung und der damit verbundenen Mobilität eine neue Bedeutung zuwachsen. Grundsätzlich wird die Globalisierung für die räumliche Orientierung der Menschen beides mit sich bringen: eine Aufwertung des Lokalen – auch lokaler kultureller Traditionen – einerseits und eine globale Orientierung beziehungsweise das Leben in globalen Bezügen andererseits. Die parallele Herausbildung globaler und lokaler Identitäten wird zudem – so eine Annahme – auf Kosten des Nationalen beziehungsweise nationaler Identitäten erfolgen. Das heißt, der Nationalstaat wird in der globalisierten Welt als politisches Konstrukt bestehen bleiben, aber weniger identitätsstiftend sein. (Vgl. Burke 2002)

2 Gern wird vergessen: Auch Deutsche gehen aus beruflichen oder persönlichen Gründen oder im Rahmen ihrer Ausbildung ins Ausland und bringen als Rückkehrer ihren persönlichen Lebens- und Erfahrungshintergrund in die deutsche Gesellschaft ein.

3 Schultz und Sackmann weisen darauf hin, dass kollektive Identitäten – zum Beispiel bei Türken – durchaus vorhanden sind, die Diskussion um kollektive Identitäten jedoch in hohem Maße ideologisiert ist und Frontstellungen aufbaut, die sich empirisch nicht nachweisen lassen. Vgl. hierzu Schultz/Sackmann 2001.

4 Wagner weist darauf hin, dass die Nationalisierung der Kultur, historisch gesehen, ein eher junges Phänomen ist, das sie erst mit der Konstituierung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert entstanden ist und auch entstehen konnte. Vgl. Wagner 2002: 12.

5 Während sich die Globalisierung der Wirtschaft vor allem zwischen und in den Industriestaaten abspielt, ist die Zunahme der weltweiten Migrationsströme vor allem bei und in der so genannten Dritten Welt festzustellen. Diese in der Regel erzwungenen Migrationbewegungen gehören zu den Schattenseiten der Globalisierung. Vgl. Migrationsbericht der *Internationalen Organisation für Migration (IOM)*; vgl. Wagner 2002: 13, 14.

Auch unterhalb der Ebene der Globalisierung, das heißt beim Prozess der »Integration Europas« wird beides hervorgehoben – einerseits die regionale Ebene als wichtige und zu bewahrende Bezugsgröße für die BürgerInnen Europas und andererseits die Notwendigkeit der – in erster Linie mentalen – Europäisierung der BürgerInnen Europas. In Artikel 151, Absatz 1 des »Amsterdamer Vertrages« heißt es: »Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.«

Zwischen Globalisierung, Europäisierung, Mobilität und Verortung besteht ein Wechselverhältnis.⁶ Stadt und Region sind in zweifacher Hinsicht in die Veränderungsprozesse involviert – materiell und immateriell. Materiell sind die Städte vor allem durch das zunehmende »Kommen und Gehen« von EinwohnerInnen und BürgerInnen (siehe These 2) betroffen. Gleichzeitig ist die Stadt – dies ist die immaterielle Seite – bei der mentalen Verortung ihrer BürgerInnen als Identitätsstifter gefragt.

Die ethische Grundlage einer modernen Integrationspolitik ist die Idee der zivilen Weltgesellschaft

Die Aussage, dass ethnisch-kulturelle Pluralität ein integraler Bestandteil so genannter entwickelter Gesellschaften ist, ist auf den ersten Blick eine unstrittige Feststellung – sie hat eher beschreibenden Charakter und benennt die Lebensrealität in den so genannten postmodernen Gesellschaften. Auf den zweiten Blick steckt hinter dieser Aussage jedoch ein grundsätzliches politisches Gestaltungsproblem, das auch in der BRD sehr kontrovers diskutiert wird. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung stehen zwei zentrale Fragen: Wie gehen wir mit dieser kulturellen Vielfalt um? Und die zweite, die wichtigste Frage: Welches ist die normative Basis für das gesellschaftliche Miteinander?

Gesucht wird also nach einer für alle gültigen Plattform, die den gesellschaftlichen Konsens trägt, nach einer ethischen Fundierung, die als Handlungsgrundlage für eine moderne – auch städtische – Integrationspolitik notwendig ist. Letztendlich geht es darum, grundlegende Werte festzulegen, die für die Angehörigen aller gesellschaftlichen Teilgruppen und damit aller Bürgerinnen und Bürger Gültigkeit haben. Die Frage wurde schon beantwortet beziehungsweise die These hierzu ist formuliert: Die ethische Grundlage einer modernen Integrationspolitik ist die Idee der zivilen Weltgesellschaft.

Diese Fokussierung auf die zivilen Werte impliziert die Aussage, dass so genannte kulturelle Werte als Fundament für den gesellschaftlichen Konsens nicht reichen. Gerade die kulturellen Werte werden aber bei der Diskussion um die Integration von MigrantInnen in die Gesellschaft gerne in den Vordergrund gestellt. Kulturelle Werte sind jedoch weder konsens- noch gesamtgesellschaftlich tragfähig.

⁶ Auch Wagner betont übrigens die parallelen Entwicklungslinien, das heißt die Aufwertung vom globalen und lokalem Raum – die Globalisierung führe sowohl zu einer »Delokalisierung« als auch zu einer »Relokalisierung«. Vgl. Wagner 2002.

hig. Erstens, weil das Postulat der kulturellen Vielfalt einerseits und der mentale Hoheitsanspruch einer Kultur andererseits ein Widerspruch in sich ist. Es schließt sich aus, die ethnisch-kulturelle Pluralität als Strukturprinzip moderner Gesellschaften zu konstatieren und gleichzeitig die Priorisierung einer Kultur beziehungsweise einer Gruppe vorzunehmen. (Vgl. Graff 2001; vgl. auch Oberndörfer 2001; Senghaas 2002) Und zweitens, weil nicht nur die Idee der homogenen Bevölkerungsgruppen und Identitäten eine Fiktion ist, sondern auch Idee der Kultur in Reinform. »Kulturen sind Produkt von Beziehungen und Durchquerungen und entwickeln sich erst im Kontakt mit dem Fremden, Anderen. Kultur bedeutet immer schon ›zwischen den Kulturen‹ (Alexander Düttmann), ist nie rein, homogen, sondern hybrid und heterogen.« (Wagner 2002: 5)

Somit kann auch das relativ statische Konzept der kollektiven Nationalkultur als Grundlage für den *einen* Wertekanon der pluralen Gesellschaft nicht greifen. Es stellt sich darüber hinaus die grundsätzliche Frage, inwieweit überhaupt *eine* Nation im Zeitalter der Globalisierung – und damit der Etablierung supranationaler Ebenen – Grundregeln für ein Zusammenleben zu definieren vermag.

Die Conclusio der bisher gemachten Aussagen könnte lauten: Es gibt kulturelle Unterschiede, aber keine zivilisatorischen. (Bernd Hessel in der *Frankfurter Rundschau* v. 31.5.2001) Zivile Werte, in deren Mittelpunkt die Achtung der Menschenrechte steht, bilden das Fundament für das Zusammenleben in einer globalisierten Gesellschaft und Stadtgesellschaft. Als normativer Minimalkonsens einer Weltgesellschaft ist ein »nationenübergreifender Gerechtigkeitssinn« beziehungsweise ein konsequent zu Ende gedachter »Fairnessvertrag« (vgl. Nida-Rümelin 2002 a: 5) notwendig, der auf dem Ethos von Respekt und Toleranz beruht.⁷

Zweifelsohne bewegt sich diese Feststellung sehr stark im abstrakten Raum. Im alltäglichen Zusammenleben und Ausloten des Miteinanders unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wird deutlich, dass die Grenzen zwischen dem »den kulturellen Eigensinn Respektieren« und dem »auf zivilen Werten beruhenden Gemeinsinn einfordern« für alle Beteiligten, die MigrantInnen und die Aufnahmegesellschaft, nicht immer ganz deutlich sind. Um so wichtiger ist es, die Grundpfeiler der Integrationspolitik klar zu definieren und zu benennen und sie als eine Art Regelwerk für alle BürgerInnen transparent zu machen. Auch wenn das Grundgesetz der BRD ein Produkt nationaler Politik ist, ist es eine wichtige Basis für die Integrationspolitik in der Bundesrepublik, da hier in erster Linie Menschenrechte beziehungsweise Grundrechte und nicht nationale Bürgerrechte definiert werden.

Integration bedeutet mehr als die Eingliederung von Migrantinnen und Migranten

Im Mittelpunkt der aktuellen Auseinandersetzungen stehen zwei Fragen: Was ist Integration? Und: Was muss Integration leisten? Der Versuch, sich dem Begriff

7 Nida-Rümelin unterscheidet drei Arten der Toleranz. 1. Toleranz als Indifferenz, 2. Toleranz im apathischen Sinne, 3. Toleranz aus Respekt. Der normative Minimalkonsens einer offenen Gesellschaft muss auf dem Ethos des Respekts beruhen. (Vgl. Nida-Rümelin 2002 b: 11 ff.)

»Integration« über seine Bedeutung zu nähern und hieraus die Aufgaben für Integration klar zu beschreiben, führt eher in eine Sackgasse. Laut Duden bedeutet »Integration« Vervollständigung, Eingliederung, Vereinigung. Alle Begriffe sind statisch, suggerieren einen Endzustand und ignorieren damit die Gesellschaft als *Perpetuum mobile*. Integration ist ein vielgestaltiger gesellschaftlicher Prozess, der – streng genommen – nie beendet ist, da eine (Aufnahme-)Gesellschaft nie einen Endzustand erreichen wird. – »Kulturelle Vielfalt ist also keine Feststellung eines (statischen) Zustandes, sondern zentrale Gestaltungsaufgabe einer lebendigen Demokratie.« (Fuchs 2002)

Auffallend an der öffentlichen Debatte ist zudem, dass zwischen den Begriffen »Ausländer« und »Integration« eine Art sachlich-logische Verbindungslinie hergestellt wird, das heißt wenn wir von Integration sprechen, meinen wir die MigrantInnen, die es zu integrieren gilt – im Sinne von: in die Gesellschaft zu integrieren. Abgesehen von der Tatsache, dass, wie dargestellt, die Gruppe der MigrantInnen, wie jede andere gesellschaftliche Gruppe auch, aufgrund ihrer sozialen, ethnischen, nationalen etc. Herkunft sehr heterogen ist, impliziert diese Annahme, dass die anderen, das heißt deutschen gesellschaftlichen Gruppen beziehungsweise Teilgruppen per se integriert sind. Diese Vorstellung ignoriert den Tatbestand, dass moderne Gesellschaften – wie in These 3 dargelegt – aus sich wechselnd zusammengesetzten Minderheits- und Mehrheitsgesellschaften bestehen.

Es geht hier nicht darum, die spezifischen Probleme, die mehrheitlich MigrantInnen beziehungsweise bestimmte Migrantengruppen betreffen, zu nivellieren – zum Beispiel hohe Arbeitslosenquote, geringe schulische Leistung der Kinder und damit verbunden ein geringes Bildungsniveau oder auch religiöser Fanatismus. Es geht jedoch darum, dass Integration als gesellschaftliche Aufgabe nicht auf die Gruppe der MigrantInnen reduziert werden kann. Weder die ethnische Herkunft noch die Staatsangehörigkeit sind ausreichende Indikatoren für einen so genannten Integrationsbedarf.

Sicherlich sind Politik und Gesellschaft bei der Gruppe der Zugewanderten besonders gefordert, diese – wie auch immer – »hier bei uns« zu verorten, doch Integration ist in erster Linie ein gesamtgesellschaftliches Thema. Gerade die »Integrationspolitik der Stadt« steht vor der schwierigen Aufgabe, für heterogene städtische Teilgesellschaften Partizipationsräume zu öffnen und Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen.

Das Zusammenleben in einer pluralen und heterogenen Stadtgesellschaft gleicht einer Gratwanderung zwischen Grenzöffnung und Grenzziehung, Konsens und Konflikt und Integration und Segregation

»Das Scheitern eines Traums. Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion ...« – so überschreibt der Holländer Paul Scheffer (2002) eine europaweite Entwicklung: Die BürgerInnen der europäischen Staaten verlieren mehr und mehr den Glauben an den Mehrwert der multikulturellen Gesellschaft. Wie bereits in der Präambel hervorgehoben wurde, gilt dies auch für Deutschland. Zugespitzt könn-

te man formulieren, die Idee der multikulturellen Gesellschaft ist an ihrem eigenen Harmoniepostulat gescheitert beziehungsweise an der Vorstellung, dass Pluralität automatisch friedliche Koexistenz unterschiedlicher Parallelgesellschaften bedeutet und vor allem bedeuten muss. Grenzsetzungen und Konflikte, Differenzen und Dissensen haben sowohl in dem Konzept der Multikulturalität als auch als legitimer Weg der Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft keinen Platz. Beides, Grenzsetzung und Konflikt, sind aber in der alltäglichen Lebensrealität unserer Gesellschaft existent. So wird zum Beispiel der Wunsch nach Grenzsetzung beziehungsweise nationaler Grenzsetzung im Sinne von »die Grenzen schließen« mit zunehmender Deutlichkeit von den BürgerInnen der deutschen Aufnahmegesellschaft formuliert.⁸ Umgekehrt ist auch bei einem Teil der Migrantenfamilien, die vor 30, 40 Jahren aus den Anwerberstaaten nach Deutschland einreisten, der Wunsch nach Abgrenzung von den gesellschaftlichen Lebensbezügen hier in Deutschland spürbar. Letztendlich wird hier – auf beiden Seiten – ein grundlegendes Gefühl der Unsicherheit, des Unbehagens und der Fremdheit ausgedrückt, das nicht nur legitim ist, sondern das auch politisch ernst zu nehmen ist. Politik muss zulassen, dass in einer Gesellschaft immer wieder neu formuliert werden kann, was die Menschen und Teilgruppen verbindet und was sie trennt.

»Die Koexistenz unterschiedlicher Kulturen muss nicht konfliktfrei sein« (Nida-Rümelin 2002 b: 14) ist eine Aussage, die sicherlich nicht unhinterfragt postuliert werden kann. Wichtig ist an dieser Stelle eine Begriffsklärung: Konflikt wird vor allem im Kontext der internationalen Politik mit dem amerikanischen Begriff »Konflikt« gleichgesetzt – der vor allem die gewalttätige Auseinandersetzung meint.⁹ »Konflikt« ist nicht per se und grundsätzlich gewalttätig, sondern auch ein friedliches (im Sinne von »nicht-gewalttätiges«) und legitimes Mittel der Grenzsetzung und der Auseinandersetzung. Konflikte in einer Gesellschaft müssen erkannt, ausgehalten und/oder ausgetragen werden, aber auch verhindert werden – hierfür muss auch die Politik Konzepte liefern. (Vgl. auch Naumann 2002)¹⁰

Schon in der Präambel wurde betont: es gibt keine Konsensgesellschaft und es gibt auch keine städtische Konsensgesellschaft. Gesellschaftliches Leben ist von Konsens *und* Dissens, Konflikt/Zwiespalt *und* Einheit/Einigkeit geprägt. Gesellschaftliches Leben ist nicht störungsfrei – die Idee der multikulturellen Gesellschaft mit ihrem inhärenten Harmoniepostulat hat die Menschen in dieser Gesellschaft überfordert. Die große Anforderung an die Politik in einer pluralen, de-

8 Das gleiche gilt für die BürgerInnen der Europäischen Union. Aus Umfragen geht hervor, dass ungefähr zwei Drittel der BürgerInnen der Europäischen Union schon seit längerem der Ansicht sind, dass die Obergrenze der Aufnahmefähigkeit von Migranten erreicht ist. (Vgl. Scheffer 2002).

9 Auch die Außenpolitik Deutschlands arbeitet übrigens mit der diesem – amerikanischen – Begriff von »Konflikt«. In dem im Sommer 2000 vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Grundsatzpapier »Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000« wird betont, dass die auswärtige Kulturpolitik, ein »integraler Bestandteil einer auf Konfliktprävention und Friedenssicherung ausgerichteten deutschen Außenpolitik« ist.

10 Naumann beklagt die »Konsensfabrik Deutschland«, bezogen auf den aktuellen Wahlkampf. Das Prinzip, »alle Menschen mitzunehmen« (Johannes Rau) – auch ein Harmoniepostulat – reiche zur politischen Gestaltung des Landes nicht aus.

mokratischen und offenen Gesellschaft besteht also nicht nur darin, wie sie Koexistenz organisiert, sondern auch darin, wie sie Differenz organisiert. (Terkessidis 2002, vor allem S. 33)

Aus dieser Feststellung ergibt und erschließt sich eine weitere: Politik ist aufgerufen und kommunale Politik im Besonderen, das Zusammenleben in der Stadt sowohl über Integration als auch über Segregation zu steuern. »Integration« und »Segregation« sind zwei Begriffe, die in unserem Sprachgebrauch sehr unterschiedlich bewertet werden. Während »Integration« eher positiv konnotiert ist und auf Gleichheit zielt, ist der Begriff »Segregation« aufgrund seiner Bedeutung – Abgrenzung, Ausgrenzung und Trennung – negativ besetzt. Diese Dichotomisierung geht an der gesellschaftlichen Lebensrealität und an der Lebensrealität in den Städten vorbei. Segregation kann für das Zusammenleben in einer Gesellschaft durchaus positiv sein. Über Segregation bilden sich Kolonien, die so genannten ethnischen Communities – diese haben die Funktion von informellen Hilfsnetzen und ermöglichen neu ankommenden Migranten, sich in einem Schutzraum zu orientieren. (Häußermann/Siebel 2001, Krämer-Badoni 2001) Darüber hinaus kann Segregation im Sinne von Disassoziation, das heißt »Sich-Rausziehen« eine legitime Technik der Konfliktprävention sein. (Vgl. Oberndörfer 2001: 30)¹¹ Eine kommunale Integrationspolitik muss also auf der Grundlage beider Aspekte – Integration *und* Segregation – entwickelt werden; das Leitmotiv hierfür könnte lauten: »Verbindendes suchen und Trennendes zulassen.«

Hierzu ist es wichtig, zwischen den unterschiedlichen Ebenen von Integration und Segregation zu unterscheiden. Bei der Integration ist zwischen a) der materiellen oder systemischen Integration, das heißt Integration in das Erwerbsleben, in den Arbeitsmarkt, in das soziale Sicherungssystem, b) der politischen Integration, das heißt Integration in die demokratischen Formen der politischen Willenbildung und c) der sozialen Integration, das heißt Integration in informelle Beziehungsnetze, in Nachbarschaften, Freundschaften, wechselseitige Hilfsbeziehungen zu unterscheiden. (Vgl. Göschel 2001: 5, 6)¹² Bei der Segregation ist zwischen a) sozioökonomisch bedingter Segregation und b) ethnisch-kulturell bedingter Segregation zu differenzieren. (Vgl. Göschel 2001: 8; vgl. auch Krämer-Badoni 2001 und Häußermann/Siebel 2001)

Diese Unterscheidungen in »harte« und »weiche« Integrationsfaktoren machen einerseits die Vielschichtigkeit und damit die unterschiedlichen Handlungsebenen von Integration deutlich, andererseits aber auch die Korrelationen zwischen den Ebenen. Zum Beispiel wird die soziale Integration ohne die systemische Integration nicht gelingen, das heißt, ohne die Einbindung in den Arbeitsmarkt des

11 Häußermann und Siebel formulieren folgende Thesen als Grundlage einer kommunalen Integrationspolitik: 1. Politik muss Segregation abbauen und zulassen. Sie muss freiwillig, ethnisch kulturell bedingte Segregation ermöglichen, 2. Einwanderungsquartiere sind als Dauerinstitutionen in deutschen Städten zu akzeptieren, 3. Integration ist ein langer und konfliktreicher Prozess, 4. Rücknahme der Kontrolldichte, betr. den informellen Arbeitsmarkt. (Vgl. Häußermann/Siebel 2002: 77 ff.)

12 Vgl. auch das Integrationskonzept der Stadt Stuttgart, das nur zwei Integrationsebenen unterscheidet – die soziale und kulturelle Integration. (Stadt Stuttgart, S. 21).

Aufnahmelandes scheint die soziale Einbindung der Menschen in die Gesellschaft schwer möglich. Komplementär hierzu lässt sich feststellen: ethnisch-kulturelle Segregation wird hauptsächlich dann zum Problem, wenn sie mit sozio-ökonomischer Segregation, das heißt letztendlich sozialer Ausgrenzung verknüpft ist.

Die Binnendifferenzierung ist aber auch eine notwendige Grundlage, die Handlungsmöglichkeiten und -reichweiten städtischer Integrationspolitik realistisch einzuschätzen. Zahlreiche so genannte Integrationsleistungen (aber auch präventive Leistungen, um zum Beispiel die sozioökonomische Segregation zu verhindern) fallen in die Verantwortungsbereiche der Länder-, Bundes- und Europapolitik. Hierzu gehören zum Beispiel die rechtliche Gleichstellung, das Wahlrecht, der Zugang zum Arbeitsmarkt, die Förderung im schulischen Bereich und die im neuen Zuwanderungsgesetz festgelegten Integrationskurse für neu zugewanderte Migrantinnen und Migranten.

Migration und Integration in der Stadt – die Handlungsfelder sind vielfältig. Eine Aufzählung

Grundsätzliches Ziel einer städtischen Integrationspolitik ist, das Zusammenleben und die Chancengleichheit heterogener städtischer Bevölkerungsgruppen unter der Prämisse »eine Stadtgemeinschaft – viele Lebenswelten« (Stadt Stuttgart 2000: 21) zu gestalten und zu fördern. Die folgende Aufzählung soll deren Komplexität des kommunalen Aufgabenfeldes »Integration von MigrantInnen« deutlich machen beziehungsweise aufzeigen, in welchen kommunalen Handlungsfeldern und -ebenen so genannte Integrationsfragen eine Rolle spielen.

Bundesrecht und städtische Integrationspolitik

Bundesrechtliche Rahmenbedingungen der städtischen Integrationspolitik:

- Zuwanderungsgesetz, einschl. Integrationskurse
- Soziale Leistungen für unterschiedliche Zielgruppen (Ausländer und Flüchtlinge, Spätaussiedler)

Die Handlungsfelder einer städtischen Integrationspolitik

Bildung, Ausbildung, Sprachförderung

- Sprachförderung im Elementarbereich
- Förderung der Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in der Schule
- Sprachförderung für bestimmte erwachsene Zielgruppen (Mütter/Ehefrauen)

Soziale Sicherung

- Soziale Leistungen für spezifische Zielgruppen und Lebenslagen (Alter, Behinderung, Arbeitslosigkeit, Gesundheit/Krankheit, jugendliche MigrantInnen)
- Konfliktlösung

Wohn- und Lebensumfeld

- Stadtentwicklungspolitik und städtische Wohnbaupolitik
- Bürgerschaftliche Initiativen von MigrantInnen beziehungsweise Vereinen
- MigrantInnen in Quartiers- und Stadtteilinitiativen
- Sport und Freizeit

Interkulturelle Kulturarbeit (siehe »Migration und Integration – Herausforderungen für die städtische Kulturarbeit und Kulturpolitik – Eckpunkte«)

Integrationsleistungen von Stadtpolitik und Stadtverwaltung

Verantwortung der Stadtpolitik

- Politische Repräsentation und Partizipation der MigrantInnen verbessern (»Ausländerbeiräte«, Fachausschüsse für Integration und Internationales, Öffnung der Kommunalpolitik für MigrantInnen)
- Aktive Gestaltung des Zusammenlebens über Information und Aufklärung der deutschen Mehrheitsbevölkerung, Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung bei der deutschen Mehrheitsbevölkerung
- Entwicklung eines städtischen Integrationskonzeptes (Aufgrund der sehr unterschiedlichen geographischen Verteilung von MigrantInnen in der BRD und sehr unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten erscheint die Entwicklung individueller Konzepte notwendig.)

Aktivitäten der Stadtverwaltung

- Verstärkte Einstellung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund
- Optimierung der Service- und Dienstleistungsangebote der Ausländerbehörden
- Förderung der interkulturellen Kompetenz der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung und städtischen Einrichtungen
- Förderung der mediatorischen Kompetenzen von MitarbeiterInnen der Stadtverwaltungen und städtischen Einrichtungen (betrifft Methoden der Konfliktbearbeitung und Konfliktbewältigung)
- Zielgruppenorientiertes Informationsmaterial

Die Aufzählung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll lediglich die Vielfalt kommunaler Verantwortung illustrieren und damit deutlich machen: Integration ist eine kommunale Querschnittsaufgabe. Inwieweit städtische Integrationskonzepte auf der Grundlage der Idee des *intercultural mainstreaming* entwickelt werden sollten, ist ein neuer und interessanter Ansatz, der noch auf Praxistauglichkeit hin zu überprüfen ist. (Vgl. Landesregierung Schleswig-Holstein 2002: 22)

Globalisierung, Migration und Integration: Herausforderungen für die städtische Kulturarbeit und Kulturpolitik. Eckpunkte

Globalisierung,
Migration, Integra-
tion, Segregation

Offene Frage I: Das Verhältnis von Kulturarbeit und Integration

Die besondere Verantwortung von (auch kommunaler) Kulturarbeit und Kulturpolitik wird bei der Diskussion um die Integrationsleitungen der Stadt gern hervorgehoben. Diese Zuschreibung fußt auf der Annahme, dass Kultur per se geeignet und »zuständig« ist, Brücken zwischen den unterschiedlichen Kulturen zu schlagen, Verbindungen zwischen unterschiedlichen Welten zu schaffen und somit letztendlich befriedend zu wirken. Ein hoher Anspruch, dessen Fundament brüchig wird, wenn man auf die konkrete, alltägliche Ebene und vor allem Konfliktebene geht. Zum Beispiel: Kulturarbeit kann weder bei jugendlichen Migranten religiösen Dogmatismus oder gar Fanatismus, noch bei deutschen Jugendlichen Rechtsradikalismus aufbrechen oder auflösen. An diesen Beispielen wird ein zentrales Problem deutlich – in erster Linie ein Analyse- beziehungsweise Diagnoseproblem: ein gesellschaftlicher und/oder politischer und/oder sozialer Konflikt wird auf Grundlage eines ethnischen beziehungsweise nationalen Hintergrunds zu einem »kulturellen Konflikt« umdefiniert. Daraus ergibt sich – geradezu logisch – die (Fehl-)Annahme, dass die Kulturarbeit aufgerufen ist, hierfür Interventionsstrategien zu entwickeln. Diese Herleitungen mögen plakativ und reduktionistisch wirken, aber in ihrer Kernaussage weisen sie auf zwei zentrale Fragen hin: Welche Rolle spielt die Kulturarbeit bei der Integration beziehungsweise speziell bei der Integration von Migranten? Was kann kommunale Kulturpolitik und Kulturarbeit bei der Integration von Migranten und Aufnahmegesellschaften (also Minderheits- und Mehrheitsgesellschaften) leisten?

»Globalisierung«, »Migration« auf der einen Seite, »Integrationsfaktor Kulturarbeit« auf der anderen Seite: Letztendlich geht es um eine realistische Einschätzung dessen, was Kunst, Kultur und Kulturarbeit dazu beitragen können, das Zusammenleben in einer multiethnischen und in einer multikulturellen Gesellschaft zu ermöglichen.

Offene Frage II: Das Verhältnis von kultureller Globalisierung und Kulturarbeit

Im Zentrum der Diskussion um »Globalisierung/Migration/Integration« steht jedoch nicht nur die Frage der Migration von so genannten Humanressourcen, also Menschen, sondern auch die so genannte kulturelle Globalisierung (Wagner 2002: 11 ff.; vgl. auch Breidenbach/Zukrigl 2002) – eine Metapher für die weltweite »Amerikanisierung der Kultur« (McDonalds, Coca Cola, Soaps etc). Aus dieser angenommenen wachsenden Dominanz amerikanischer Konsum- und Kulturmuster erwächst eine Art Aufgabenzuschreibung an die öffentliche Kulturpolitik und Kulturarbeit, über die Pflege lokaler und regionaler Kulturtraditionen einen Gegenentwurf zu formulieren. Sicherlich durchdringen so genannte westliche beziehungsweise amerikanische Kulturmuster – über die unterschiedlichsten Medien und Konsumgüter vermittelt – weltweit das Alltagsleben von Menschen. Da-

raus jedoch den Rückschluss zu ziehen, dass diese eine, dominante Kultur alles andere »platt macht«, scheint nicht haltbar. Auch hier trifft zu: Westliche Kulturmuster sind vielleicht omnipräsent, aber nicht omnipotent. Auch sie sind nicht homogen, sondern hybrid. Die Verschmelzungen und Vermischungen sind vielfältig – auch und gerade in unserem Alltag: Wir lernen Capoeira und Taekwondo, wir hören *turkish house* und *oriental pop*, haben vor etwa 20 Jahren die Straßencafés entdeckt und richten unsere Wohnung nach Feng Shui ein.

Durch die kulturelle Globalisierung, die weltweite Wanderung – unterschiedlicher – Konsummuster, Kulturmuster und -traditionen und deren Verflechtung entstehen globale Kulturindustrien und neue Kunstformen, werden Inhalte verschmolzen, verändern sich Seh- und Rezeptionsgewohnheiten. Damit verändert sich zudem das kulturelle Leben in einer – auch örtlichen – Gesellschaft/Gemeinschaft. Für die Menschen heißt das, dass sie sich irgendwo im Spannungsfeld zwischen globaler und lokaler Kultur verorten möchten – der kommunalen Kulturarbeit und Kulturpolitik kommt die Aufgabe zu, hierfür Angebote zu machen. (Vgl. hierzu These 4)

Offene Fragen III: Das Verhältnis von Kunst und Kulturarbeit

Kunst ist international. Aus dieser Tatsache und Feststellung wird gerne die Schlussfolgerung abgeleitet, dass deren Vermittlung und Rezeption – gewissermaßen automatisch – interkulturell und damit auch integrativ wirkt. Es entsteht der Eindruck, dass die Begriffe »international«, »interkulturell« und auch »integrativ« gleichgesetzt werden. Mit dieser Gleichsetzung werden Ansprüche an die Kunst gestellt, die sie – vielleicht – nicht einlösen kann. Es scheint eine Aufgabe der Kulturpolitik zu sein, die Begriffe zu klären und die Kausalbeziehung, die zwischen »Internationalität von Kunst« und »interkultureller Wirkung der Kunst« hergestellt wird, kritisch zu beleuchten.

Die Internationalität von Kunst hat grundsätzlich zwei Aspekte. Auf der einen Seite steht der Weltkunstgedanke beziehungsweise die Idee, dass Kunst, das heißt ihre Inhalte, ihre Aussagen und ihre Bedeutung, universalen und grenzenlosen Charakter hat und haben kann. Auf der anderen Seite steht die Tatsache, dass natürlich auch die Produzenten und Interpreten von Kunst, also die KünstlerInnen weltweit wandern. Kunst kennt keine nationalen Grenzen und ist durchaus auch interkulturell, aber daraus kann keine inhärente interkulturelle Botschaft abgeleitet werden. Dennoch: die Kunst an sich, ihre Grundidee ist verbindend/integrativ. Vielleicht kann eine moderne Integrationspolitik genau hiervon lernen – denn Kunst ist hybrid, sie lebt davon, Verbindungen zu suchen, herzustellen und daraus Neues entwickeln. Das Theater interpretiert Klassiker neu in Sao Paulo, Anklam, Frankfurt am Main und Paris, ein bildender Künstler aus Nigeria entwirft ein Zukunftsbild von New York, die Baukunst hat den Neoklassizismus hervorgebracht etc. Kunst an sich ist integrativ, ist verbindend, wirkt aber nicht automatisch integrativ. Vielleicht liegt genau hierin der besondere Beitrag der Kunst zur Integrationspolitik. Ihr Eigenwert und ihr Eigenleben kann hilfreiche Metaphern

– und damit Grundlagen – für die Entwicklung eines modernen Verständnisses von Integration liefern.

Integrationsfaktor Kulturarbeit – Handlungsfelder

Ungeachtet der angerissenen und zu klärenden Fragen lassen sich beim Integrationsfaktor Kulturarbeit unter eher nüchternen und analytischen Gesichtspunkten drei Handlungsfelder unterscheiden:

- Förderung des künstlerischen Potentials der zugewanderten Künstlerinnen und Künstler
- Verortung der einzelnen Menschen und ethnisch-kulturellen Gruppen ermöglichen (Förderung des ethnisch-kulturellen Eigensinns)
 - Förderung der Kulturarbeit ethnischer Minderheiten und damit Förderung der eigenen Verortung der ethnischen Minderheiten in der Aufnahmegesellschaft, Förderung der kulturellen Identität
 - Förderung der Verortung und Selbstvergewisserung der Bevölkerung der Aufnahmegesellschaft – zum Beispiel über Baukultur/Denkmalpflege, Förderung lokaler und regionaler Traditionen in allen Sparten etc.
- Verbindung zwischen Menschen und ethnisch-kulturellen Gruppen herstellen (Förderung des ethnisch-kulturellen Gemeinsinns)
 - Förderung der Auseinandersetzung mit internationalen und interkulturellen Fragen über Kulturangebote (betreffe eher Rezeption von Kunst und Kultur, zum Beispiel Projekte mit ethnischen Bezügen oder »Anders sein« als Thema künstlerischer Auseinandersetzung in und über Museen und Ausstellungen, Filmen, Volkshochschulen, Bibliotheken, Theater, internationale Kunstprojekte etc.)
 - Förderung des interkulturellen Austauschs/Dialogs und der interkulturellen Begegnung (über Kulturaustausch und Städtepartnerschaften, thematische Projekte, Stadtteil- und Quartiersprojekte, Begegnungsräume, zum Beispiel sozio- und interkulturelle Zentren, Künstlerförderung etc.)

Diese Herangehensweise an den Integrationsfaktor Kulturarbeit (und damit die Aufgaben interkultureller Kulturarbeit) mag recht schematisch wirken, dennoch macht gerade die analytische Betrachtung die vielfältigen Wirkungsfelder von Kulturarbeit deutlich. »Kultur und damit Kulturpolitik können kaum Arbeitsplätze schaffen, Wohnungen besorgen, für Essen und Trinken verantwortlich sein.« (Fuchs 2002: 130) Diese Feststellung mag für manche KulturpolitikerInnen und in der Kulturarbeit Aktive zu nüchtern und damit zu ernüchternd klingen, aber Fakt ist: Kulturarbeit kann nichts gegen die »harten« Integrationshemmnisse ausrichten (siehe These 7). Interkulturelle Kulturarbeit ist ein – komplementärer – weicher Integrationsfaktor, der auf der Ebene der künstlerischen Produktion, der sinnlichen, mentalen und intellektuellen Wahrnehmung und Auseinandersetzung und der Ebene der Kommunikation und Begegnung arbeitet und wirkt. Die »harten« Faktoren (Arbeit, Einkommen, Wohnung – letztendlich

die ökonomisch-soziale Sicherheit) zielen auf das Individuum beziehungsweise das materielle Eingebundensein des Individuums in die Aufnahmegesellschaft. Die interkulturelle Kulturarbeit zielt auf die mentale Verortung des Individuums in der Gesellschaft und den Austausch zwischen den Mitgliedern der unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen. Dies ist, aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive betrachtet, ein essenzieller und damit existenzieller Beitrag für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft.

Interkulturelle Kulturarbeit kann nur dann ihre gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten, wenn sie als integraler Bestandteil einer gesamten – auch kommunalen – Integrationsstrategie gesehen wird und nicht als Reparaturinstanz einer fehlgeleiteten Integrationspolitik. Auf der Grundlage dieser Prämisse sollte ein Konzept »interkulturelle Kulturarbeit« entwickelt werden, das ausgehend von den analytischen Betrachtungen in einem zweiten Schritt die konkreten interkulturellen Leistungen und Aufgaben der einzelnen Kultureinrichtungen, kulturellen Handlungsfelder und Initiativen beleuchtet.

Literatur

- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.) (2002): *Daten und Fakten zur Ausländersituation*, Berlin (20. Auflage, Februar 2002)
- Breidenbach, Joana/Zukrigl, Ina (2002): »Widersprüche der kulturellen Globalisierung: Strategien und Praktiken«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B12/2002
- Burke, Peter (2002): »Globale Identitäten aus der Sicht eines Historikers. Drei Szenarios für die Zukunft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 12/2002
- Fuchs, Max (2002): »Dialog zwischen den Kulturen. Kulturtheoretische und -politische Anmerkungen«, in: *UNESCO heute*, Nr. 1-2/2002
- Göschel, Albrecht (2001): »Integration und Stadt«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 2001/1, S. 5-11
- Graff, Bernd (2001): »Rein darf, was rein ist. »Integrationsabschreckend«: Wer braucht hier einen Deutschkurs«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 26.4.2001
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2001): »Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 2001/1, S. 68-79
- Krämer-Badoni, Thomas (2001): »Urbanität und gesellschaftliche Integration«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 2001/1, S. 12-25
- Landesregierung Schleswig-Holstein (2002): *Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein*, Kiel (Juni 2002)
- Naumann, Michael (2002): »Das Scheingefecht. Nur keinen Streit: Deutschland unter der Konsensglocke«, in: *Die Zeit*, Nr. 33 vom 8.8.02
- Nida-Rümelin, Julian (2002a): »Globalisierung und kulturelle Differenz. Eine zivilgesellschaftliche Perspektive«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 12/2002
- Nida-Rümelin, Julian (2002b): »Die offenen Gesellschaft und ihre Feinde«, in: *MAECENATA ACTUELLE*, Nr. 32
- Oberndörfer, Dieter (2001): »Leitkultur und Berliner Republik. Die Hausordnung der multikulturellen Gesellschaft Deutschlands ist das Grundgesetz«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 1-2/2001
- Prantl, Heribert (2002): »Homogenisieren kann man die Milch ... aber nicht die deutsche Gesellschaft: Warum Schily mit seinem Assimilationsgerede falsch liegt«. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 3.7.02
- Scheffer, Paul (2002): »Das Scheitern eines Traums. Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion. Der Aufstieg von Populisten wie Haider, Fortuyn und Berlusconi zwingt über die Grenzen des offenen Europas nachzudenken«, in: *Die Zeit*, Nr. 29 vom 11.7.2002
- Schmid, Josef (2001): »Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 43/2001
- Schultz, Tanjev/Sackmann, Rosemarie (2001): »Wir Türken ...« Zur Kollektiven Identität türkischer Migranten in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 43/2001

Senghaas, Dieter (2002): »Kulturelle Globalisierung – ihre Kontexte und Varianten«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 12/2002

Stadt Stuttgart (2000): *Ein Bündnis für Integration. Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart*, Stuttgart

Tenbrock, Christian/Uchatius, Wolfgang (2002): »Geschlossenen Gesellschaft«, in: *Die Zeit*, Nr. 13/2002

Terkessidis, Mark (2002): »Der lange Abschied von der Fremdheit. Kulturelle Globalisierung und Migration«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B12/2002, S. 31-38

Wagner, Bernd (2002): »Kulturelle Globalisierung. Von Goethes ›Weltliteratur‹ zu den weltweiten Teletubbies«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 12/2002, S. 10-18

*Globalisierung,
Migration, Integra-
tion, Segregation*

NASEEM KHAN

Migration, Integration und der gemeinsame öffentliche Raum

Welcher gemeinsame Faden verbindet folgende drei wahre Geschichten miteinander?

- 1998 richtete der *Arts Council England* einen innovativen Fonds ein, der neue Partnerschaften zwischen Kulturgruppen von ethnischen Minderheiten und so genannten kulturellen »Mainstream«-Organisationen unterstützen sollte. Dies wurde von der Idee getragen, Verbindungen zwischen traditionellen »Communities« einerseits und Organisationen wie zum Beispiel einer überörtlichen Galerie oder einem großen Theater andererseits herzustellen. Aber als die Pläne von den regionalen Kunstausschüssen (den Körperschaften vor Ort) umgesetzt werden sollten, da wurde auf sie mit dem verblüfften Ausruf reagiert: »Aber wir kennen diese Leute doch nicht!«
- Im Sommer 2001 kam es in den verarmten nördlichen Fabrikstädten des Vereinigten Königreichs zu erheblichen Unruhen mit gewalttätigen Protestaktionen von Angehörigen der asiatischen Minderheit. Offizielle Berichte, die sich mit den Ursachen dieser Ereignisse auseinander setzten, wiesen alle auf das Phänomen der so genannten »Parallelgesellschaften« hin, der eigenständigen ethnischen Gemeinschaften – in diesem Fall von Pakistanis einerseits und Weißen andererseits. In den Berichten ist zu lesen, dass es für die Bevölkerungsgruppen vollkommen normal war, kaum Berührungspunkte zu haben. Sie lebten, kauften, arbeiteten getrennt voneinander und schickten ihre Kinder in unterschiedliche öffentliche Schulen.
- Ein früheres Programm des *Arts Council* benutzte unverhoffte Lottereeinnahmen dazu, Kunstorganisationen bei der Beschaffung von Kapital – einem sehr nachgefragten, aber lange vernachlässigten Bereich – zu helfen. Als man die Gelder verteilt hatte, wurde klar, dass von den ausgezahlten Millionen nur 0,2 Prozent an Einrichtungen und sonstige Zentren ethnischer Minderheiten gegangen waren.

Der »gemeinsame Faden« ist deutlich: Es handelt sich um Separierung. In diesen Fällen wurden nicht nur die »Communities« vom »Mainstream« abgetrennt, sondern bei der Mehrheit war nur sehr wenig Wissen über Menschen außerhalb ihres Blickfeldes vorhanden. Und der Fall des *Lotterie-Fonds* zeigte nur zu deutlich, dass ethnische Minderheiten sowohl schlecht vorbereitet waren, sich zu bewerben, als auch – und dies ist noch wichtiger – dass sie davon überzeugt waren, sowieso nicht beachtet zu werden und deswegen ihrer Meinung nach es nicht lohnenswert sei, sich dem mühseligen Bewerbungsverfahren überhaupt zu unterziehen.

Bis vor relativ kurzer Zeit wurde der Tatsache ethnisch getrennter Gemeinschaften im Vereinigten Königreich keine besondere Bedeutung beigemessen. Sie wurden – wenn überhaupt – als Zeichen einer toleranten Gesellschaft und damit als praktischer Ausweis der Philosophie von Innenminister Roy Jenkins von 1966 interpretiert: Integration wird nicht als ein gleichmachender Prozess der Assimilation verstanden, sondern als Chancengleichheit, gepaart mit kultureller Vielfalt in einer Atmosphäre von Toleranz. Aber der Druck der gegenwärtigen Ereignisse, die Auswirkungen des 11. September und die wachsende Zahl von Flüchtlingen verlangen eine Überprüfung dieser Auffassung. Geopolitische Verschiebungen tragen zudem dazu bei, in wachsender Dringlichkeit zu definieren, was eine »Nation« eigentlich ausmacht. Was sind verbindende Faktoren? Inwieweit bedrohen lokale Differenzen nationale Identität?

Im *Runnymede-Bericht 2000* »Die Zukunft eines multi-ethnischen Großbritanniens« wird für die Anerkennung der Differenz plädiert, aber auch auf ein Problem hingewiesen, das für die Regierung an vorderster Stelle beim »Zusammenhalt von Communities« steht: In der Sozial- und Kulturpolitik ist die Erkenntnis gewachsen, dass Anerkennung der Differenz nicht hinreicht, wenn beispielsweise die Unterstützung ethnischer Enklaven, wie etwa die Entstehung neuer »Chinatowns« und »Curry-Meilen« nicht von anderen Maßnahmen begleitet wird, die die soziale Ungleichheit betreffen und vor allem von Auseinandersetzungen darüber, auf welchen Werten unsere kulturellen Einrichtungen basieren.

Zu Beginn des Jahres 2002 bot der *Arts Council* in Zusammenarbeit mit dem *Europarat* ein zweitägiges Seminar für die Führungsmitglieder wichtiger Kulturorganisationen in Europa an. Wir konzentrierten unsere Arbeit auf Überlegungen zum *UNESCO-Kulturbericht* »Unsere kreative Vielfalt« (1999) und dessen Betonung der Bedeutung des »gemeinsam geteilten Raums«.

Das Konzept des »gemeinsam geteilten Raums« arbeitet auf verschiedenen Ebenen. Zuerst umfasst es die physische Präsenz in den großen Kulturinstitutionen, das heißt die Anwesenheit verschiedener Kulturen und Kunstformen in den großen Theatern, Galerien, Konzerthallen, Museen etc. Auf einer weiteren Ebene meint es die Reflexion über verschiedene Bedürfnisse und Aspekte im öffentlichen Raum, etwa die Möglichkeiten verschiedener religiöser und sozialer Bedürfnisse. Auf einer mehr konzeptionellen Ebene fordert es ein neues Nachdenken über Werte: Wer spielt zum Beispiel welche Rolle, wenn nationale Geschichte im Museum wiedergegeben wird? All dies setzt ein Umdenken voraus und die Be-

reitschaft, Multikulturalität nicht als eine Folge von Additionen, sondern als ein neues Konzept des »Charakters« einer Gesellschaft zu sehen.

Verschiedene Versuche, einzelne Organisationen dementsprechend neu auszurichten, haben die Komplexität dieser Aufgabe gezeigt. 1993 zum Beispiel erkannte das renommierte *Museum von London*, dass seine Besucherzahlen die ethnischen Minderheiten der Hauptstadt kaum widerspiegeln. Dies ist besonders auffällig, wenn man bedenkt, dass 25 Prozent der Bevölkerung Londons zu ethnischen Minderheiten gehören und das Museum selbst in einem »bengalischen« Wohngebiet liegt. Die Verantwortlichen starteten daher ein ehrgeiziges Projekt mit dem Namen »Die Menschen Londons« und stellten dafür eigens Verbindungsleute zu den »Communities« ein, um die Bevölkerung vor Ort für das Museum zu interessieren. Dieses Unterfangen war sehr erfolgreich und die Zahlen der Besuchergruppen aus ethnischen Minderheiten stiegen beträchtlich. Aber sie fielen auch sofort wieder, als das Projekt vorbei war.

Nicht nur dieses Beispiel zeigt, dass Projekte und Initiativen allein nicht ausreichen. Sie dringen nicht bis zur Wurzel des Problems vor: Bestimmte Gruppen der Gesellschaft glauben immer noch, dass viele kulturelle Einrichtungen nicht »für sie bestimmt« sind. Untersuchungen des Arts Council aus dem Jahr 2000 bestätigten, dass schwarze, asiatische und chinesische Befragte häufig meinten, sich in Theatern und Konzerthallen des kulturellen Mehrheitsgeschmacks »unbehaglich« oder »fehl am Platz« zu fühlen. Aber solange der öffentliche Raum die Gesamtgesellschaft nur ungenügend widerspiegelt, wird es kein wirkliches Gefühl von Zugehörigkeit oder – im erweiterten Sinne – Loyalität geben.

Das Seminar 2002 zum Themenkomplex »Der gemeinsam geteilte Raum« konfrontierte seine 44 Teilnehmer mit zwei beispielhaften Schwierigkeiten. Zum einen: Wie würden Sie als Geschäftsführer das Problem lösen, dass einer wichtigen Institution der darstellenden Kunst die ursprünglich weißen Besucher abhanden gekommen waren? Zum anderen: Wie würden Sie eine neue große Kunstgalerie unter Berücksichtigung der sozialen und ethnischen Mischung der Anwohner planen? Kleingruppen hatten zwei Stunden Zeit, einen Geschäftsplan und dafür zugrunde liegende Prinzipien zu erarbeiten, bevor ihnen mitgeteilt wurde, dass die Beispiele der Realität entnommen und nicht erfunden waren. Außerdem waren die »wirklichen« Hauptakteure anwesend, um ihre Erfahrungen aus der Praxis einzubringen.

Im Verlauf der hitzigen Diskussion war schnell Konsens darüber hergestellt, dass man viele, nicht auf Kurzfristigkeit angelegte Aktionen braucht, um eine »Mainstream«-Institution zu einer der kulturellen Vielfalt zu machen. Eine einzelne Aktion kann nicht bewirken, was man umgangssprachlich als »Initialzündung« bezeichnet, aber viele Aktionen zusammen bieten im Laufe der Zeit die beste Chance, einen wirklich demokratischen »gemeinsam geteilten Raum« zu schaffen.

An erster Stelle steht eine engagierte Leitung. Kulturelle Vielfalt ist ein Thema, bei dem Lippenbekenntnisse sehr häufig sind und auf der Oberfläche hat sie nur

wenige Feinde. Wie in Liedchen von *Tom Lehrer*, kann niemand gegen Frieden und Harmonie sein. Aber eine effektive Organisation von Vielfalt bedeutet Machtverschiebungen und die Infragestellung von eingefahrenen Vorstellungen, wie Dinge getan werden sollten. Besonders in großen Institutionen ist es fast immer leichter, Dinge so zu handhaben, wie sie schon immer gemacht wurden. Ohne Einsicht, Weitblick, Engagement und Verständnis an der Spitze bleiben Veränderungen oberflächlich und nicht nachhaltig.

Gegenseitiger Nutzen und Gewinn kommen an zweiter Stelle. Eine echte Partnerschaften kann keine unter- und übergeordneten Beteiligte haben. Wenn eine Beziehung zwischen einer Minderheiten-Einrichtung und einer »Mainstream«-Organisation geplant wird, dann müssen beide Seiten von vornherein wissen, was sie in dieses Geschäft als Input investieren und was sie als Output erwarten können. Das Projekt »Neue Zuschauer« des *Arts Council* (das erste Beispiel dieser Art) wurde sehr intensiv auf das Prinzip des gegenseitigen Nutzens hin ausgerichtet. Man wusste zudem, dass Einrichtungen mit breiter öffentlicher Akzeptanz dafür bekannt sind, sich »die Rosinen herauszupicken«, die ihren Zwecken am besten dienen, wenn sie beginnen, ihre Programme vielfältiger zu gestalten. Beim Projekt »Neue Zuschauer« müssen die sich vertragsmäßig bindenden Partner dagegen sicher sein, dass ihre jeweiligen Ziele durch die neuen Vereinbarungen befriedigt werden und zu weiteren selbstbestimmten Fortschritten führt. Eine Beziehung in diesem Sinne bedeutet nicht das »Aufsaugen« des Kleinen durch den Großen. Jede Seite bewahrt sich ihren spezifisch eigenen Charakter, während gemeinsame Grundlagen gefunden und entwickelt werden.

Mit angestoßen wurde das Konzept »Neue Zuschauer« (und sein Fonds von 1,4 Mio. Pfund) übrigens von den USA, und zwar über eine Verbindung zwischen einer *Arts Council*-Konferenz zum Thema Vielfalt und den »Kunst«-Verantwortlichen der *Rockefeller Foundation*. Die Schwarze Mikki Shepherd hatte bereits ähnliche Partnerschaften ins Leben gerufen und dabei herausgefunden, dass es wichtig war, die Unterstützungsgelder nicht der Mehrheitseinrichtung, sondern der Minderheiten-Organisation zu geben, damit die vertragliche Seite auch passend gestaltet wird. In einem Fall bekam beispielsweise die *New York's Brooklyn Academy of Music (BAM)* auf diese Weise konkrete Kenntnisse darüber, wie man schwarze Zuhörer erreicht und sie als Kundschaft anspricht, wohingegen der anderen Vertragsseite, dem *Bronx's Studio 44*, beeindruckende und gut ausgerüstete Räumlichkeiten mit allen erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt wurden. Das *Arts Council*-Projekt »Neue Zuschauer« hat bisher insgesamt 46 Organisationen bezuschusst und wird darüber im Frühjahr 2003 Bericht erstatten. Die Ergebnisse werden gegenwärtig ausgewertet, aber es wird bereits jetzt als wichtiges Werkzeug des Brückenschlags zwischen den so genannten »Parallelgesellschaften« betrachtet.

Partnerschaften und eine gemeinsame Sprache brauchen Zeit, um sich zu entwickeln. Langfristiges Engagement ist deshalb besonders wichtig. Dies kann jedoch auch praktische Probleme mit sich bringen. Oft werden Fördergelder für Kunst von Jahr zu Jahr – höchstensfalls über eine Zeitspanne von drei Jahren verge-

ben. Hier sind Änderungen durch nationale und regionale Entscheidungsträger notwendig.

»Mainstream«- Organisationen müssen nicht nur ihre Vorstellungen vom Wirken nach außen ändern, sondern sich auch auf die interne Organisation konzentrieren. Wie repräsentativ sind die Regierungsausschüsse und -kommissionen zusammengesetzt? Wie deren Beschäftigte, und auf welcher Ebene? Anfängliche Untersuchungen im Vereinigten Königreich zeigten, dass die Beschäftigtenstruktur einer repräsentativen Auswahl relevanter Kultureinrichtungen offensichtlich dem nationalen Durchschnitt schwarzer und ethnischer Minderheiten entsprach. Aber bei näherer Überprüfung fand man heraus, dass diese überwiegend in untergeordneten Positionen arbeiteten. Nur eine Person war im leitenden Management beschäftigt.

Öffentlichen Raum gemeinsam zu gestalten bedeutet, Macht und Verantwortung zu teilen. Hier wäre es notwendig, Strategien zu entwickeln, um dieses Ziel zu erreichen. Eine Konferenz des *Arts Council* unter dem Titel »Korrektur des Bildes«, die sich mit Arbeitsplatzmöglichkeiten für Schwarze und Beschäftigte aus ethnischen Minderheiten auseinandersetzte, informierte sich bei Industriellen. Keiner von diesen – so die Selbstaussage – würde eine Situation dulden, in der ihre Produkte von ethnischen Minderheiten kaum gekauft würden oder nur wenige Arbeitsplatzbewerbungen aus diesem Sektor kämen. Es würde sofort nach den Ursachen dafür geforscht und es würden schnell Maßnahmen eingeleitet werden, um diese Schiefelage zu korrigieren. Ironischerweise liegt die Kunst in ihrem Bemühen um Vielfalt immer noch hinter dem kommerziellen Sektor.

Allerdings wurde auf der Konferenz »Der gemeinsam geteilte Raum« an dort behandelten Beispielen deutlich, dass auch eine nur kurzfristige Zusammenarbeit nützlich sein kann. Für beide Seiten in dieser Partnerschaft führte die Arbeit an einem gemeinsamen Projekt – egal ob an einem Festival oder einer ganzen Saison – dazu, dass Hürden in der praktischen Zusammenarbeit überwunden werden konnten. Handeln ist meist effektiver, als nur darüber zu hören.

Die Handlungspalette ist äußerst umfangreich. Die Erfahrungen zahlreicher Beispiele zeigt jedoch, dass es im Laufe der Zeit gelingen kann, die Schwierigkeiten zu überwinden. Denn das Ziel eines »gemeinsam geteilten Raumes« in symbolträchtigen Bereichen des öffentlichen Sektors ist sehr wichtig. Dennoch wäre es falsch anzunehmen, dies wäre die ganze Geschichte. Der »Mainstream« ist ein mächtiger Spieler, und er beeinflusst erheblich die Wertvorstellungen; aber die Seite, die »Basis« genannt wird, hat ebenfalls Einfluss – und zwar zu ihren eigenen Bedingungen.

Über die Jahre hinweg hat eine bestimmte kontroverse Debatte die englische Kunst-Förderung beeinflusst. Sie betrifft die richtige Art der Unterstützung kulturell unterschiedlicher Künste und Künstler. Eine Seite konzentriert sich dabei leidenschaftlich auf das Thema »Mainstreaming« im Sinne der Akzeptanz durch Anpassung, indem sie schwarze Künstler in die Lage versetzt, sich in kulturellen Machtzentren zu engagieren und diese Einrichtungen zu ermutigen, sich gerade

für Minderheiten weiter zu öffnen. Die andere Seite sagt, dass dies praktisch einer Übernahme gleichkommt; sie konzentriert sich stattdessen auf die Bereitstellung entsprechender Infrastruktur und sonstiger Versorgungsleistungen an der »Basis«. Für die Befürworter des ersten Förderansatzes bedeutet dies wiederum eine Ghettoisierung.

In Wirklichkeit tauchte dabei, nach vielen Monaten der Beratung, Reflexion und Diskussion, langsam der Gedanke auf, dass beide Möglichkeiten eigentlich miteinander verbunden werden müssen. Ohne Künstler, die den meinungsbildenden öffentlichen Raum ausfüllen, wird das Erschließen neuer Möglichkeiten nur eine leere Geste bleiben. Ohne Räume, in denen sie sich weiterentwickeln können, werden Künstler sich in der Tat in Schach gehalten und ghettoisiert fühlen. Was wir brauchen, ist eine Ausgewogenheit der Strategie, bei der keine Seite das Recht hat, zu weit von der gemeinsamen Linie abzuweichen.

Wenn eine entsprechende Unterstützung der Basis durch die Förderung von Künstlern und Unternehmen stattfindet, während ihnen gleichzeitig Möglichkeiten im Kulturbetrieb eröffnet werden, dann können Künstler selbst entscheiden, in welchem Bereich sie arbeiten wollen. Sie können in ethnisch klar umrissenen Gebieten bleiben mit dem Markenzeichen »schwarzer Künstler«. Sie können sich aber auch als internationaler Künstler definieren, wie es schon viele für sich beanspruchen.

Ein »gemeinsam geteilter Raum« muss auch die Wahl gemeinsamer Möglichkeiten einschließen. So wie die Dinge im Moment stehen, haben Künstler ethnischer Minderheiten weniger Optionen, aus denen sie auswählen können. Jede politische Strategie hat meiner Meinung nach vor allem die Aufgabe, nicht Arbeit zu beschaffen, sondern Menschen die größtmögliche Freiheit zu geben, Arbeit selbst zu erschaffen.

Dieses Jahrbuch handelt von Interkulturalität und Integration. Die Erfahrungen im Vereinigten Königreich haben bis jetzt gezeigt, dass beides nur stattfinden kann, wenn die Spielfelder auf gleicher Ebene liegen. Das bedeutet, dass Künstler (und Zuschauer und Verwaltungsmitarbeiter) die gleiche Möglichkeit haben auszuwählen, wo sie arbeiten wollen, wie sie ausgebildet werden oder wo sie als Publikum Kunst und Kultur rezipieren.

Letztlich ist es wichtig zu erkennen, dass Veränderungen nicht geplant werden, um nur eine Seite zu begünstigen. Netzwerke, die aus gemeinsam geteilten ästhetischen Visionen entstanden sind, sind oft lebendig, herausfordernd und elektrisierend gewesen. Wir haben die Feierlichkeiten zum »Golden Jubiläum« der Queen 2002 gesehen, die die kulturelle Bandbreite der veränderten britischen Bevölkerung widerspiegelte. Künstler und Künstlerinnen wie Akram Khan, Shobana Jeyasinghe, Courtia Newland, Jonzi B und viele andere haben eine Vielzahl kultureller Formen gemischt, die aber keine Verschmelzungen hervorbrachten, sondern von einer neuen Sensibilität zeugen. »Teilhabe« ist ein dynamischer und riskanter Vorgang, aber auch die stärkste Möglichkeit für Veränderung.

KATHARINA NOUSSI-SCHEBA

Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in Wien

Menschen afrikanischer Herkunft sind mit schwierigen Rahmenbedingungen konfrontiert, wenn sie in Wien sich durch Kulturschaffen ihren Lebensunterhalt verdienen wollen. Trotzdem gibt es eine Vielfalt an qualitativ hochwertiger Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in öffentlichen und politischen Räumen in Wien. Wenn interkulturelle Kulturpolitik und Praxis Denkstrukturen verändern sollen, dann müssen sie vor allem als emanzipatorische und antirassistische Arbeit verstanden werden.

Hintergrund

Etwa 1,5 Prozent der Bevölkerung Österreichs stammt aus Subsahara-Afrika.¹ In Wien leben circa 6 500 bis 7 000 Menschen subsaharanischer Herkunft,² davon wohnen 9 von 10 seit mehr als drei Jahren hier. Trotzdem üben fast 75 Prozent eine Tätigkeit aus, die nicht ihrer Qualifikation entspricht.³ Der Frauenanteil der afrikanischen Bevölkerung Wiens beträgt nur etwa ein Drittel (34,2 %). Zwei Drittel der afrikanischen Zuwanderer kommen aus dem städtischen Afrika. (Vgl. Ebermann 2002)

1 Dieser Artikel stellt die Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in Wien vor, doch handelt es sich hier hauptsächlich um Zuwanderer aus Subsahara-Afrika. Die Zuwanderer nordafrikanischer Staaten wurden nicht beachtet, da sie nicht Teil der so genannten Afrikanischen Community in Wien sind, sondern eine eigene Einwanderer-Community bilden. Ich denke Grund dafür sind die unterschiedlichen Rassismus-Erfahrungen in Österreich sowie eine unterschiedliche Geschichte (vor allem keine Opfer des Jahrhunderte langen transkontinentalen Sklavenhandel), Religion (Islam ist identitätsstiftender in den nordafrikanischen Staaten) und Kultur.

2 Inklusiv der Personen mit Zweitwohnsitz in Wien sind ca. 4 100 Personen afrikanischer Nationalitäten in Wien gemeldet. Addiert man ca. 1 000 bis 1 500 Afrikanerinnen und Afrikaner, die illegal in Wien leben dürften und ca. 1 400 eingebürgerte Afrikanerinnen und Afrikaner dazu, kommt man auf eine Gesamtzahl von etwa 6 500 bis 7 000 Menschen subsaharanischer Herkunft in Wien. (Ebermann 2002)

3 Nach Eigenangaben sind 34,2 % der afrikanischen Zuwanderer in Wien Akademiker und haben 75 % einen der Matura gleichwertigen Abschluss. (Ebermann 2002)

Das Konzept der Diaspora wird zur Definition von transnationalen Netzwerken von Menschen verwendet, die unfreiwillig zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen wurden, ein häufig genanntes Beispiel ist die afrikanische Diaspora. (Lutter/Reisenleitner 2001: 129)

Grundlage dieses Artikels ist meine wissenschaftliche Feldforschung der letzten zwei Jahre. Ich führte unter anderem zwanzig qualitative Interviews mit herkunftsafrikanischen Kulturschaffenden, davon eine Vertreterin und sechs Vertreter von sieben afrikanisch-österreichischen Vereinen⁴ und dreizehn Künstlerinnen und Künstler (zwei bildende Künstler, zwei Musikerinnen, drei Musiker, zwei Tänzerinnen, ein Theatermacher, eine Autorin und zwei Autoren) sowie Interviews mit drei Vertretern von Subventionsstellen und einem Philosophen.

Die zwanzig Personen der afrikanischen Diaspora setzen sich aus 14 Männern (70 %) und 6 Frauen (30 %) zusammen, die aus allen Teilen Afrikas stammen. 90 Prozent haben studiert, davon 55 Prozent in Österreich. Ihre durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Österreich beträgt 12 Jahre. 39 Prozent sind mit Österreicherinnen oder Österreichern verheiratet, was generell von einem hohen Grad an Integration zeugt. Während 70 Prozent meiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sich hauptsächlich durch ihre künstlerische Tätigkeit oder Vereinstätigkeit definieren, gaben nur 40 Prozent an, davon auch einen Großteil ihres Einkommens zu beziehen. Diese Personen, die eine hohe Ausbildung genossen haben und Erfahrungen in Integration und Interkulturalität haben, bilden somit ein großteils ungenütztes gesellschaftliches Potential.

Integration

Wien – Umfeld und Kontext meiner Studie – ist einerseits eine multiethnische, plurale Gesellschaft, andererseits versteht sie sich noch sehr stark als eine »Weiße Welt«, wo imaginierte Gegensätze zu den Menschen schwarzer Hautfarbe aufrecht erhalten werden. Dies bedeutet, dass Menschen afrikanischer Herkunft mit Vorurteilen begegnet wird. Mit der »Weißen Welt« bezeichne ich nicht Wien als Stadt, wo mehrheitlich Menschen weißer Hautfarbe leben, sondern eine Denkweise. Das Verständnis der »Weißen« Denkweise steht für die rassistische Umgebung, in der Menschen afrikanischer Herkunft in Wien leben, ohne die rassistischen Diskriminierungen, Übergriffe und Demütigungen näher beschreiben zu müssen.⁵

Diese Denkweise zeichnet sich dadurch aus, dass Worte an Bilder gebunden werden, um daraus Konzepte zu machen. (Balibar, in: Pichlhöfer 1999) So schließt die soziale Bedeutung von »nur für Inländer« im Kontext österreichischer Zeitsungsinserate Menschen schwarzer Hautfarbe aus. Rassismus basiert auf vor-

4 Als afrikanisch-österreichische Vereine bezeichne ich Vereine, die in Österreich gemeldet sind und deren Mitglieder hauptsächlich aus der afrikanischen Diaspora kommen, also Menschen sind, die in Österreich leben und afrikanischer Herkunft sind. Sie sind Teil der Alltagskultur in Österreich und befassen sich mit dem Leben in Österreich.

handenem Wissen in Form von Klischees, die seit Jahrhunderten aufrecht erhalten werden. Die Weiße Identität definiert sich noch immer größtenteils als Gegensatz zu Schwarz⁶, unterentwickelt und exotisch. (Vgl. Johnston-Arthur, Interview)

Die (österreichischen) Medien spiegeln größtenteils nicht unsere multiethnische Gesellschaft wider. Sie erhalten durch den Ausschluss der Immigrantinnen und Immigranten die Fiktion der homogenen politischen und kulturellen Gemeinschaft aufrecht. Diese müssen zudem für alle Ängste und Aggressionen der Modernisierungsverlierer erhalten. (Lischke/Rögl 1993: 45) Auch die antirassistische Artikulation von der bürgerlich-liberalen Strömung, vor allem jene Richtung, die mit moralischen Appellen an die herrschende Ideologie der Humanität appelliert, verfestigt diese Denkweise der Gegensätze und das bestehende Machtgefüge. Die Interessen der herrschenden Gruppe werden legitimiert, Status und Herkunft von Dominierten und Dominierenden als unveränderlich festgeschrieben. (Vgl. Johnston-Arthur/Görg, 2000: 21-25) Im kulturtheoretischen Diskurs hat sich jedoch die Erkenntnis durchgesetzt, dass nicht von festen Identitäten oder von geschlossenen Kulturen, sondern von grundsätzlich hybriden Identitäten ausgegangen werden muss. (Vgl. Lutter/Reisenleitner 2001: 129).

Die nicht auf Gegensätzen beruhende Reflexion über eine »Weiße Identität« ist in Österreich noch nicht in die Öffentlichkeit vorgedrungen und das Bewusstsein des Rassismus im Allgemeinen und seiner institutionellen Formen im Speziellen stehen erst am Anfang. Integration als normatives Ziel bedeutet nach Lischke und Rögl (1993):

- Strukturell die gleichberechtigte Teilnahme an Institutionen, Hierarchiestufen und Gütern der Gesellschaft und
- sozial die Möglichkeit wechselseitiger Interaktion zwischen Mehrheit und Minderheiten ohne Benachteiligung, Vorurteilen und persönlicher Diskriminierung.

Um eine solche Gleichstellung von Schwarz und Weiß und somit eine echte Integration zu erreichen sind zwei Prozesse notwendig: einerseits Self-Empowerment der Unterdrückten und andererseits Bewusstsein der Machtsituation der Dominierenden und Abgeben von Macht.⁷ Ein solches Verständnis von Integration ist als Konfliktprophylaxe in einer interdependenten Welt sowie für die Weiterentwicklung des Demokratiekonzepts⁸ von großer Bedeutung.

5 Vorfälle von rassistischer Diskriminierung, Übergriffen und Demütigungen in Österreich werden beispielsweise im jährlichen Rassismus Report von ZARA veröffentlicht. Durch die Medien wurden der Fall Marcus Omofuma, die *Operation Spring* mit mehr als 100 Verhafteten, der Fall Charles Ofoedu, die Razzia im Flüchtlingslager Traiskirchen bekannt. Ebermann (2002: 144-146) schreibt, dass mehr als ein Drittel der in Wien lebenden Afrikaner zumindest einmal in zwei Monaten kontrolliert werden und 37,2 % der Afrikaner sich bei Kontrollen von der Polizei schlecht oder erniedrigend behandelt fühlen.

6 »Der Begriff Schwarz, mit großem »S« geschrieben, hat sich auch im deutschsprachigen Raum zu einem politischen Begriff entwickelt. Unter Schwarz in diesem politischen Sinne werden mehr als 2/3 der Weltbevölkerung, das heißt Menschen der sogenannten »Dritten Welt« bezeichnet. Im Laufe der bewegten Geschichte des *struggle for freedom* wurde black zusammen mit der *black power* zu einem kulturpolitischen Kampfbegriff, ebenso wie das *Black-Consciousness-Movement* in Südafrika.« (Johnston-Arthur, in: Kumpfmüller 2000: 155)

Emanzipatorische und antirassistische Kulturarbeit

Ob kulturelle Praxis und Kulturpolitik für die Umsetzung eines wahren Antirassismus und die Integration von Bedeutung sind, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Die Strategien der künstlerischen Tätigkeit und ihr Kontext sowie die verschiedenen Methoden der Wendung an den Betrachter bestimmen einerseits ob Kulturarbeit Denkstrukturen verändern kann. Wenn Kulturarbeit sich mit dem »Anderen« oder »Ausländerkunst« beschäftigt, wird eine starre Konstruktion des Anderen als den Fremden und somit das Machtgefälle verfestigt. Wenn jedoch Denkstrukturen verändert werden sollen, dann muss interkulturelle Kulturarbeit als emanzipatorische und antirassistische Arbeit verstanden werden.

Der Status der gelebten und lokalen Erfahrung muss als eine legitime Form des Wissens anerkannt werden. Migrantinnen und Migranten sind von Fragen der Kunst und Interkulturalität, der Produktionssituation, der Repräsentation, der Veranstaltungs-, Kultur- und Gesellschaftspolitik usw. unmittelbar betroffen und daher Expertinnen und Experten interkultureller Kulturarbeit. Ihre Perspektiven müssen einen konstitutiven Bestandteil wahrer interkultureller Kulturarbeit bilden. (Vgl. Baecker 2001, Doucette 2002, Fisher 2000, Köhl 2001)

Kulturelle Praxis der afrikanischen Diaspora in Wien

Migrantinnen und Migranten bedienen sich aller künstlerischer Ausdrucksmittel, um sich als Künstlerinnen und Künstler zu verwirklichen, aber auch um Kulturarbeit und wichtige politische Bewusstseinsbildungsarbeit zu leisten. Sie agieren als Akteurinnen und Akteure im politischen Rahmen. Sie nehmen Raum ein – öffentliche und politische Räume, die ihnen ohnehin zustehen müssten. Migrantinnen und Migranten errichten neue Foren für Diskussion, Konfrontation und Austausch, um in der Öffentlichkeit durch kulturellen Ausdruck ihre kulturellen Vorstellungen zu kommunizieren. Natürlich sind die Migrantinnen und Migranten keine homogene Gruppe und dementsprechend gibt es auch keine Beschreibung der Migrationskunst, nur verschiedene Beispiele von unterschiedlichen Personen. Allen ist gemeinsam, dass sie sich dazu entschlossen haben, Kunst und Kulturarbeit aktiv in dem Land zu betreiben, in das sie ausgewandert sind und nun als ihre neue Heimat sehen. (Vgl. Doucette 2002)

7 Diese Strategien des aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskurses werden auch auf andere Gesellschafts-aspekte (beispielsweise Gender, Sexualität etc.) angewandt um ungleiche Machtverteilungen zu bekämpfen.

8 *Demokratie als unvollendeter Prozess (Democracy Unrealised)* war der Titel der Plattform 1, die im Zuge der *Documenta 11* in Wien und Berlin stattfand. Dieses Projekt stellte eine hinterfragende Umkehrung der Theorien und institutionellen Politik dar, die das Feld der Demokratie als im Wesentlichen vollendet definiert haben. Die Schlussfolgerung der intellektuellen Debatten war, dass die Demokratie, auch wenn sie das Schlagwort für verschiedene Arten partizipatorischer Herrschaft und politischer Systeme des letzten halben Jahrhunderts war, doch weitgehend noch immer ein sich ständig neu erfindendes Projekt geblieben ist. Demokratie ist sozusagen ein Work in Progress. (Enwezor 2002)

Die Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in Wien wird einerseits von Künstlerinnen und Künstlern und andererseits von afrikanisch-österreichischen Vereinen geleistet. Die Organisation von Vereinen ist eine Reaktion auf die Fremdheitserfahrungen und die Entmündigung in Österreich. Die emanzipatorische Kunst und Kulturarbeit dient dem Self-Empowerment der afrikanischen Community und der Diversifizierung von Bildern über afrikanische Zuwanderer in Wien.

Afrikanisch-österreichische Vereine und Aufbau von Strukturen

Der Großteil der fast 40 afrikanisch-österreichischen Vereine in Wien (Chukwu-buiké 2000) dient dem Zweck, soziale Kontakte zu verstärken, sich mit Freunden zu treffen und sich Zuhause zu fühlen. Oft funktionieren diese Sozialvereine auch als rotierende Sparvereine zur finanziellen Unterstützung von Mitgliedern bei besonderen Anlässen (Hochzeit, Geburt, Tod). Fast jedes afrikanische Land ist durch so einen Verein in Österreich vertreten, oft gibt es sogar Vereine von einzelnen Volksgruppen. Diese national orientierten Vereine veranstalten zudem Feste, die auch öffentlich beworben werden.

Andererseits gibt es auch Vereine, die weitere Ziele als gegenseitige soziale und finanzielle Unterstützung verfolgen. Vereine, die Beratungs-, Betreuungs-, Bildungs-, Politik- und Medienarbeit leisten sowie Kunstschaffen fördern und vieles mehr. Diese selbstbewussten Vereine erheben vermehrt Anspruch auf Anerkennung durch den Sozialstaat. Eine Dachorganisation afrikanisch-österreichischer Organisationen ist im Entstehen und die Zusammenarbeit mit der österreichischen Zivilgesellschaft wächst. Es werden auch vermehrt Strukturen innerhalb von Parteien geschaffen, wie zum Beispiel der *Arbeitskreis der Grünen AfrikanerInnen* in Wien.⁹

Wichtige Vereine, die emanzipatorische Kulturarbeit leisten:

- Der Verein *African Cultural Promotion* organisiert jährlich das größte afrikanische Kulturfestival in Wien.
- Der Verein *PAMOJA – Bewegung der jungen afrikanischen Diaspora in Wien* (hauptsächlich der zweiten Generation) lehnt interkulturelle Begegnung als Strategie ab und will stattdessen antirassistische Arbeit vorwiegend durch Self-Empowerment erzielen.
- Das *Pan African Forum in Austria (PANAF)* ist eine Interessensgemeinschaft, die sich mit gesellschaftspolitischen Fragen auseinandersetzt und sich als Kommunikationsplattform versteht. *PANAF* ist einer der ältesten Vereine und der einzige mir bekannte Verein, der seine Kontinuität erfolgreich sicherte und einen Generationenwechsel im Vorstand vollzog.
- *Radio Afrika International* ist das wichtigste afrikanische Medium in Österreich, und wahrscheinlich das einzige afrikanische Medium außerhalb Afrikas, das nach Afrika sendet.¹⁰ Dieser Verein veröffentlicht auch monatlich eine Beilage

⁹ Ich habe keine Recherche in den anderen Parteien unternommen um herauszufinden, ob es dort ähnliche Plattformen gibt, wo sich die afrikanische Diaspora in die Parteipolitik einbringen kann.

in der *Wiener Zeitung* und veranstaltet einen jährlichen *African Press Day*, an dem österreichische Journalistinnen und Journalisten für ihre positive Berichterstattung über Afrika ausgezeichnet werden.

Wichtige Beispiele für den Aufbau einer künstlerischen und kulturellen Infrastruktur sind zum Beispiel die Gründung des Musikclubs *Okapi*, des Tanzstudios *Halfstreet 7*, eigener Verlage und die Organisation von Veranstaltungen und somit Auftrittsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler.

Selbstbeschreibung der Kulturschaffenden und ihrer Kunst

Alle von mir befragten Kulturschaffenden finden es wichtig, bei der Präsentation von Künstlerinnen und Künstlern deren Namen, künstlerische Richtung sowie Nationalität zu nennen. Alle wiesen auf die Diversität des Kontinents Afrika und seiner Bewohner hin. Viele von mir befragte Kulturschaffende scheinen sich jedoch mit der Tatsache abgefunden zu haben, in Österreich als Afrikanerinnen und Afrikaner pauschalisiert zu werden. Der Musiker Haja Madagascar deutet diese Vereinfachung für sich selbst positiv um, indem er sich stolz als afrikanischer Musiker bezeichnet, der im Gegensatz zu europäischen Musikerinnen und Musikern, eine große Freiheit beim Spielen von Musik kennt. Der langjährige Leiter mehrerer Vereine DI Joe Taylor weist darauf hin, dass man zwischen afrikanischen (also für ihn alle Nationalitäten Afrikas einschließenden) und nationalen Veranstaltungen unterscheiden müsse.

Viele meiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner berichten einerseits von ihren Erfahrungen mit rassistischen Demütigungen als afrikanische Zuwanderer und sind andererseits stolz auf ihre künstlerische Tätigkeit, durch die ihnen Anerkennung zukommt und sie als selbstbewusste Akteurinnen und Akteure akzeptiert werden. Der Bildhauer Tapiwa Vambe drückte diesen Gegensatz am deutlichsten aus indem er meinte: »We are still seen as ›Neger‹ and the lowest of the people. ... Artists are like servants from God, like angels in a way.«

Meine Gesprächspartnerinnen und -partner stoßen auf viele Schwierigkeiten bei der Veröffentlichung von Büchern, der Organisation von Tanzaufführungen, der Vermarktung ihrer Musik, bildenden Kunst usw. Ein oft genannter Grund dafür sind die fehlenden Kenntnisse über zeitgenössische afrikanische Kunstformen in den Förderstellen in Österreich. Alle Künstlerinnen und Künstler möchten mit ihrer Kunst einerseits Aspekte ihrer Herkunftskultur vermitteln, während sie auch Elemente ihrer neuen Heimat einfließen lassen. Die Autorin Mustafa-Hamid verwendet Sprache als Mittel der Umkehrung und der Neugestaltung, der Autor C. Ofoedu verschmilzt afrikanische und österreichische Literatur, der Theatermacher Alóba spiegelt die plurale Gesellschaft auf der Bühne wider und die Kunst des Malers und Installationskünstlers De Melo lässt sich nicht im Kon-

¹⁰ *Radio Afrika Print und Radio* ; <http://www.radioafrika.net>, *Radio Afrika International* Sendezeiten: Wien: Orange 94,0 auf UKW 94,0, Samstag bis Dienstag 9:00-10:00, Mittwoch bis Freitag 17:00-17:30; Europa: MW/AM 1476 KHz: 23:00 – 24:00 MEZ, täglich; International: SW 17875 kHz: 16:30-18:00 MEZ, täglich; Live im Internet zu den jeweiligen Sendezeiten.

text bestimmter Kulturkreise verstehen, da sie viele verschiedene Elemente beinhaltet. Ein zentrales Anliegen aller Befragten war die Beurteilung ihrer Kunst nach ästhetisch qualitativen Kriterien der zeitgenössischen Kunstgeschichte und nicht als exotische (also mit der westlichen Kunst unvergleichbare) Kunst.

Analyse der Wiener Kulturlandschaft

Fast alle Interviewpartnerinnen und -partner beurteilen die Entwicklung der afrikaspezifischen Kulturarbeit in Wien positiv. Das Angebot an Kunst und Kulturveranstaltungen ist in den letzten Jahren stark gewachsen und das Publikum ist heute gemischer, da auch die Werbung sich an eine breitere Öffentlichkeit wendet. Jedoch gibt es noch keine öffentliche Kritik und Auseinandersetzung mit der Kunst der afrikanischen Diaspora in Wien, was den Künstlerinnen und Künstlern die Weiterentwicklung ihrer Arbeit erschwert.

Ein wichtiges Problem, das von fast allen Gesprächspartnerinnen und -partnern angesprochen wurde, ist die schwierige Zusammenarbeit mit herkunftsösterreichischen Institutionen, die zwar die Herkunftsafrikanerinnen und -afrikaner einladen, um bei »Ausländerthemen« mitzudiskutieren, jedoch nicht bei Diskussionen über andere innenpolitische Themen und nicht um mitzubestimmen. Herkunftsafrikanerinnen und -afrikaner werden von der Mehrheitsgesellschaft oft für die eigene Präsentation als multikulturell offen instrumentalisiert, während selten echte Kooperationen eingegangen werden. Viele Sponsoren und Veranstalter interessieren sich für multikulturelle Veranstaltungen während sie gegenüber rein afrikanischen noch große Berührungängste und Vorurteile haben.

Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung, die Produktion, den Vertrieb und die Finanzierung von Kunst sind bereits für herkunftsösterreichische Künstlerinnen und Künstler nicht leicht und für herkunftsafrikanische noch um einiges schwieriger. Es fehlt an der Offenheit der Kultureinrichtungen, an Kenntnissen über Migrations- und nicht-westlicher Kunst, an politischem Interesse an der Förderung von Migrationskunst, an Auftrittsmöglichkeiten, an Plattenfirmen, Agenturen usw. um eine professionelle (internationale) Karriere in Wien zu starten. Die Kulturbetriebe interessieren sich generell wenig für experimentelle Migrantinnen- und Migrantenkunst, sondern zeigen eher Interesse an Kunst, die außerhalb von Europa produziert wird. Überraschenderweise erklärten viele Kulturschaffende aus Wien, dass im restlichen Österreich das Interesse an afrikaspezifischen Veranstaltungen größer und die Finanzierung besser sei.

Kulturförderung

Die Förderung der interkulturellen Kulturarbeit sollte einerseits aus speziell dafür eingerichteten Fördertöpfen erfolgen, andererseits müssen antirassistische Maßnahmen als Querschnittsmaterie in alle Bereiche der Kulturpolitik einfließen, damit strukturelle Schwierigkeiten von Zuwanderern erkannt und Gegenmaßnahmen entwickelt werden können.

Ein wichtiger Teil der Förderung von interkultureller Kulturarbeit wird aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit (des *Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten*) über die Subventionsstelle *KommEnt (Gesellschaft für Kommunikation und Entwicklung)*¹¹ und die Künstlervermittlung *kulturen in bewegung*¹² geleistet. Spezielle Förderungen für interkulturelle Kulturarbeit von Seiten der Kulturpolitik gibt es von der Kulturabteilung der Stadt Wien (*Referat für Interkulturelle und Internationale Aktivitäten*¹³), nicht jedoch über die Kunstförderung des Bundeskanzleramts. Horst Watzl von *kulturen in bewegung*, Mag. Hartmeyer von *KommEnt* und Dr. Sari vom *Referat für Interkulturelle und Internationale Aktivitäten der Stadt Wien* beurteilen die Qualität der Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora jeweils als hoch, die Quantität als steigend, sowie die öffentliche Anteilnahme als wachsend.

Ein Spannungsfeld mit den afrikanisch-österreichischen Vereinen besteht, wenn Vereine Strukturförderung (Miete für Vereinslokale, Gehälter etc.) beantragen, was aus finanziellen Gründen meist gänzlich abgelehnt wird. Dies wird von den herkunftsafrikanischen Antragstellern jedoch als Diskriminierung beziehungsweise als Verweigerung der Anerkennung ihrer Arbeit und des Anspruchs auf Integration verstanden. Ein weiterer Kritikpunkt von Seiten der afrikanischen Diaspora ist das Fehlen von Migrantinnen und Migranten in öffentlichen Posten und Entscheidungsgremien.

Schlussfolgerungen

Die Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in Wien ist ein wichtiger Bestandteil unserer pluralen Gesellschaft. Sie trägt zum Self-Empowerment der afrikanischen Community bei und zielt langfristig auf die Umsetzung einer echten Integration und eines wahren Antirassismus. Eine verstärkte Förderung dieser Arbeit ist nicht nur aufgrund der hohen Qualität der geleisteten Kunst und Kulturarbeit von großem Nutzen, sondern die Anerkennung und Verbreitung des speziellen Wissens von Migrantinnen und Migranten ist auch für die Weiterentwicklung des Demokratiekonzepts sowie für das friedliche Zusammenleben in einer sich globalisierenden, interdependenten Weltgesellschaft von großer Bedeutung.

11 Helmut Hartmeyer leitet seit 1995 die *Gesellschaft für Kommunikation und Entwicklung – KommEnt* (<http://www.koment.at>). Die Kernarbeit von *KommEnt* ist die Betreuung von Projekten der entwicklungspolitischen Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit, soweit sie aus staatlichen Mitteln gefördert werden, in erster Linie aus Mitteln des Außenministeriums (also der österreichischen EZA im Außenministerium).

12 *Kulturen in bewegung* ist ein Referat des *Wiener Instituts für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit VIDC* (<http://www.videc.org>). Horst Watzl arbeitet seit 1995 im VIDC und betreut den Aufgabenbereich: künstlerische Leitung/Programmgestaltung, das heißt, er hat von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im VIDC den engsten Kontakt zu den Künstlerinnen und Künstlern. *Kulturen in bewegung* betreibt erstens eine Servicestelle für in Österreich lebende Künstlerinnen und Künstler verschiedenster Herkunft, organisiert zweitens Kulturaustauschprojekte und vergibt drittens Kulturförderungen bis zu einer Höhe von 3 000 Euro aus dem *Kleinprojektepool*. *Kulturen in bewegung* erschließt seine eigenen Quellen zur Aufrechterhaltung des Betriebs hauptsächlich durch Förderungen von *KommEnt* (BMA).

13 Dr. Haydar Sari ist gebürtiger Türke und leitet das Referat für *Interkulturelle und Internationale Aktivitäten* der Kulturabteilung der Stadt Wien (MA7) seit seiner Gründung 1998.

Aus den Ergebnissen meiner Untersuchung lässt sich eine Reihe von Maßnahmen für eine antirassistische Kulturpolitik erstellen:

1. Förderung von Migrationskunst nach *allgemeinen Qualitätskriterien*, um Exotisierung entgegenzuwirken und eine öffentliche Debatte zu fördern.
2. Anerkennung der Migrantinnen- und Migrantenkunst als *Teil der österreichischen Allgemeinkultur*.
3. Anerkennung der Kulturschaffenden mit Migrationshintergrund als *Expertinnen und Experten interkultureller Arbeit* und Einbeziehung ihrer Perspektiven als konstitutiver Bestandteil in die interkulturelle Kulturarbeit.
4. *Strukturelle Schwierigkeiten* von Migrantinnen und Migranten in der Kulturarbeit untersuchen und Gegenmaßnahmen erarbeiten.
5. Den *Anteil der Fördermittel*, der an Migrantinnen und Migranten vergeben wird, erheben.
6. Offene Stellen, besonders in relevanten Bereichen, so ausschreiben, dass *Migrantinnen und Migranten bevorzugt eingestellt werden*, das heißt positive Diskriminierung von Menschen benachteiligter Gesellschaftsgruppen bei gleicher Qualifikation beziehungsweise unter Anerkennung ihres speziellen Wissens.
7. *Aneignen von Kenntnissen in zeitgenössischer außereuropäischer Kunst und Migrationskunst*.
8. Durchführen von *vergleichenden Studien* über die Situation und Maßnahmen in anderen Ländern.
9. Die öffentliche *Auseinandersetzung mit Migrations- und außereuropäischer Kunst und Kultur* fördern.
10. *Echte Kooperationen unter Verantwortungsteilung* für die Projekte mit afrikanisch-österreichischen Vereinen bilden. Diese Zusammenarbeit muß vom Bewusstsein über Machtunterschiede ausgehen, die Positionierungen müssen immer wieder Thema sein, so dass die Kooperation Raum für eine Erweiterung des politischen Bewusstseins – durch Konfrontation, Auseinandersetzung etc. – der Beteiligten schafft. (Doucette 2002)

Als Vorschläge für afrikanisch-österreichische Vereine, Künstlerinnen und Künstler folgt aus der Untersuchung:

1. Die *Vernetzung der afrikanischen Community* weiter stärken und gemeinsames Lobbying betreiben.
2. *Vernetzung der afrikanisch-österreichischen Vereine mit anderen Akteuren* wie Interessensvertretungen, NGOs, Kirchen, Parteien etc. stärken.
3. *Den Aufbau von eigener Infrastruktur fortsetzen* und die Weitergabe des Wissens an jüngere Generationen sichern.
4. *Fördermöglichkeiten ausschöpfen*.
5. Sich für *Positionen in Entscheidungspositionen* bewerben.
6. Mut haben und *an sich selbst glauben*.

Ich danke folgenden Interviewpartnerinnen und -partnern: Babátóla Alóba, Miriama Coulibaly, Dr. Tarek Eltayeb, Esayas Berhanu Endeshaw, Leslie De Melo, Mag. Helmuth Hartmeyer, Rev. Victor Ihu-eghian, Mag. Simon Inou, Araba Evelyn Johnston-Arthur, Véro La Reine, Lady Soul, DJ Willy M., Haja Madagascar, Chandiru Mawa, Mag.a Ishraga Mustafa-Hamid, Charles Ofoedu, Dipl.Ing. Remi Ofoedu, Dr. Innocent Onyejiaka, Talla Sall, Dr. Haydar Sari, Dipl.Ing. Joe Kojo Taylor, Tapiwa Vambe, Horst Watzl, Ass.Prof. Dr. Franz Martin Wimmer

Literatur

- Baecker, Dirk (2001): *Wozu Kultur?*, Berlin: Kulturverlag Kadmos Berlin
- Chukwubuike, Walter A. (2000): *Afrikanische Organisationen in Wien*, Wien: Internationales Gewerkschaftsinstitut des ÖGB
- Doucette, Erika (2002): »In der öffentlichen Arena. Emanzipatorische Kulturarbeit von Migrantinnen«, in: *Frauensolidarität*, Heft 2/2002 [Wien], S. 6-7
- Ebermann, Erwin (Hrsg.) (2002): *Afrikaner in Wien, Zwischen Mystifizierung und Verteufelung, Erfahrungen und Analysen*, Band 3, Münster-Hamburg-London: LIT Verlag
- Enwezor, Okwui (2002): »Was ist Avantgarde heute? Die postkoloniale Nachwirkung der Globalisierung und die erschreckende Nähe der Ferne«, in: Documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-GmbH, Kassel (2002): *Documenta 11_Plattform5: Ausstellung, Katalog*, Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz Verlag, S. 44-55
- Fisher, Jean (2000): »Kunst und Handeln«, in: Böhme, Farideh-Akashe (2000): *In geteilten Welten – Fremdheitserfahrungen zwischen Migration und Partizipation*, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel Verlag
- Johnston-Arthur, Araba E. (2000): »Schwarze Erfahrungen der jungen afrikanischen Diaspora in Österreich«, in: Kumpfmüller, Karl A. (Hrsg.) (2000): *Europas langer Schatten – Afrikanische Identitäten zwischen Selbst- und Fremdbestimmung – Mit Beiträgen von Koffi Kumelio Ambroise Afande, ..., Wien: Südwind (Schriften des Grazer Büros für Frieden und Entwicklung)*
- Johnston-Arthur, Araba E./Görg, Andreas (2000): »Campaigning against racism«, in: *Kurswechsel – Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts-, und umweltpolitische Alternativen*, Heft 1/2000: »Antirassismus, Positionen und Widersprüche«, Wien: Sonderzahl Verlag, S. 21-32
- Köhl, Christine (2001): *Strategien der Interkulturellen Kulturarbeit*, Frankfurt am Main: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation
- Lutter, Christina/Reisenleitner, Markus (2001): *Cultural Studies - Eine Einführung*, Wien: Verlag Turia und Kant (Cultural Studies, Band 0)
- Noussi-Scheba, Katharina (2002): *Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in Wien*. Abschlussarbeit zur Erlangung des Grades Master of Advanced Studies (MAS) Kulturmanagement. Wien: Institut für Kulturmanagement und Kulturwissenschaften an der Universität für Musik und Darstellende Kunst
- Österreichische Gesellschaft für Kommunikationswissenschaft (ÖGK) (Hrsg.) (2001): *Medien Journal – Zeitschrift für Kommunikationskultur*, Heft 4/2001: »Dialog zwischen den Zivilisationen«, Innsbruck: Studienverlag
- Pichlhöfer, Harald (1999): *Typisch Afrika – Eine semiotische Studie*, Wien: Sonderzahl Verlagsgesellschaft mbH